

# OST Informationen EUROPA

In Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsmagazin OstContact | 11/12 - 2019



**Special Ukraine/Belarus: Das Tor nach Osten**

Interview mit Außenminister Makej  
**„Instrument zum  
Brückenbauen“**

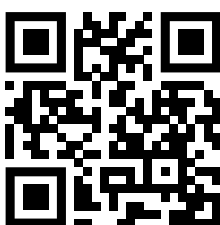
Analyse  
**Osteuropa stärkt  
deutschen Export**

Rückblick  
**Als der „Mantel der  
Geschichte“ wehte**

Außenwirtschaft auf einen Blick  
Der OWC Kiosk  
Wissen für Entscheider – digital,  
schnell und bequem  
Alle Ausgaben für daheim  
und unterwegs  
Damit Sie immer auf dem  
neuesten Stand sind

**OWC**  
Außenwirtschaft

OWC Kiosk  
Kostenloser  
Download  
für Apple IOS  
für Android:



[www.owc.de](http://www.owc.de)

# Liebe Leserinnen und Leser,

Für die **Ukraine** ist 2019 nicht zum ersten Mal ein Jahr großer politischer Umwälzungen. Im April wurde der politische Newcomer Wolodymyr Selenskyj mit über 70 Prozent der Stimmen zum neuen Präsidenten gewählt. Im Juli errang seine Partei namens „Diener des Volkes“ über 43 Prozent der Wählerstimmen und kann damit allein regieren. Der junge Präsident und seine Mannschaft wurden somit mit einem starken Mandat ausgestattet. Und sie nutzen diesen Vertrauensvorschuss: Seit der Regierungsbildung Ende August wurden bereits über 70 neue Initiativen in das Parlament eingebracht und zum Teil auch schon beschlossen, darunter neue Regelungen im Bereich der Korruptionsbekämpfung. Außerdem sollen der Privatisierungsprozess wieder in Gang gebracht, die seit Langem geforderte Reform des Bodenmarktes umgesetzt und die unternehmerischen Rahmenbedingungen weiter liberalisiert werden. All dies sind wichtige Schritte, um Investitionsbereitschaft und Wirtschaftswachstum zu fördern. Präsident Selenskyj hat zudem großen Mut gezeigt und Bewegung in den festgefahrenen Konflikt in der Ost-Ukraine gebracht. Eine Befriedung dieses Konflikts würde neue wirtschaftliche Impulse nicht nur für die Ost-Ukraine, sondern für das ganze Land freisetzen.

Nicht ganz so spektakulär sind die Veränderungen im Nachbarland **Belarus**. Doch auch hier bewegt sich etwas: Belarus will seinen Außenhandel mit der EU ausbauen und durch Reformen mehr ausländische Investitionen anlocken. Minsk sucht dabei die Annäherung an die EU. Mitte November wurde Präsident Alexander Lukaschenko zu einem offiziellen Staatsbesuch in Österreich empfangen. Im September war erstmals seit über 20 Jahren wieder ein hochrangiger Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums mit einer Unternehmerdelegation nach Belarus gereist. Das Land positioniert sich als westliches Eingangstor in die Eurasische Wirtschaftsunion und als wichtiges Bindeglied der chinesischen „Neuen Seidenstraße“. Das Interesse deutscher Unternehmen an einem investiven Engagement in Belarus hat spürbar zugenommen, was sich unter anderem in der positiven Entwicklung der Investitionskreditgarantien für Belarus zeigt.

In dieser Ausgabe rücken wir die beiden Nachbarländer in den Mittelpunkt. Wir **sprechen mit dem belarussischen Außenminister Wladimir Makej** über die bilateralen Beziehungen und die Rolle seines Landes zwischen der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU), der EU und China (S. 12f). Lesen Sie auf den Seiten 10 und 11 über die **Belarus-Reise von Staatssekretär Ulrich Nussbaum**, der von einer OAOEV-Wirtschaftsdelegation begleitet wurde, und eine **Studie mit Reformvorschlägen**, die dabei vorgestellt wurde. Wir berichten außerdem über eine **Delegationsreise des OAOEV ins südukrainische Odessa** (S. 14), das sich dank seines Hafens als maritimes Drehkreuz positionieren will, über die große **Investitionskonferenz RE:THINK im ukrainischen Mariupol**, an der der Arbeitskreissprecher Ukraine im OAOEV Philipp Sweeny teilnahm (S. 15) und über **Reformen in der kommunalen Energieversorgung** der Ukraine (S. 16).

Außerdem berichten wir in dieser Ausgabe über die **erste Pressekonferenz des neuen OAOEV-Vorsitzenden Oliver Hermes** (S. 8), stellen Ihnen den **neuen Sprecher des Arbeitskreises Russland** Mario Mehren (Wintershall DEA) vor (S. 17), **sprechen mit Andreas Räschmeier (Veridos)**, Sprecher des Arbeitskreises Südkaukasus, **über seine Georgien-Reise mit Bundespräsident Steinmeier** (S. 18) und blicken zurück auf verschiedene **Veranstaltungen**.

Last but not least werfen wir anlässlich des 30-jährigen Jubiläums des Mauerfalls zudem einen **Blick zurück auf das „Annus mirabilis“ 1989**, in dem der „Mantel der Geschichte“ auch den damaligen Ost-Ausschuss umwehte (S. 6f).

Wir wünschen Ihnen eine ertragreiche Lektüre!

## Special

### Ukraine/Belarus

<b>Editorial</b>	<b>9</b>
<b>Belarus: Das Tor nach Osten</b>	<b>10</b>
<b>Reformstudie: Rasche Umsetzung verspricht schnelle Gewinne</b>	<b>11</b>
<b>Interview: „Instrument zum Brückenbauen“</b>	<b>12</b>
<b>Ukraine: Konnektivität auf Wasser und Schiene</b>	<b>14</b>
<b>Konferenz: Appell für eine „neue Ukraine“</b>	<b>15</b>
<b>Energie: „Kommunale Wärmewende“</b>	<b>16</b>



Foto: A. Metz

<b>Editorial/Inhalt</b>	<b>3</b>
<b>Mitglieder-News</b>	<b>4</b>
<b>Länder-News</b>	<b>5</b>
<b>Rückblick: Als der „Mantel der Geschichte“ wehte</b>	<b>6</b>
<b>Analyse: Osteuropa stärkt deutschen Export</b>	<b>8</b>
<b>Russland: Mario Mehren startet als neuer Sprecher des AK Russland</b>	<b>17</b>
<b>Interview: „Georgien als regionales Sprungbrett“</b>	<b>18</b>
<b>Veranstaltung: Innovations-schub aus dem (Süd-)Osten</b>	<b>19</b>
<b>Kasachstan: EU will Partnerschaft mit Zentralasien stärken</b>	<b>20</b>
<b>Südosteuropa: Stippvisite im Südosten</b>	<b>21</b>
<b>Veranstaltung: Belastbares Netzwerk</b>	<b>22</b>
<b>OAOEV in Kürze</b>	<b>23</b>
<b>Vorstellung neuer Mitglieder</b>	<b>24</b>
<b>Termine/Kooperationen</b>	<b>25</b>
<b>Publikationen</b>	<b>26</b>

**Titelfoto: Containerhafen in Odessa**  
Foto: HHLA/Raetzke



# MITGLIEDERNEWS

## AIRBUS Group

Die staatliche russische Fluggesellschaft Aeroflot will **23 Maschinen des europäischen Flugzeugherstellers Airbus leasen**. Die russische Airline plant eine Großbestellung von Flugzeugen der Typen A320 neo und A321 neo mit einem Gesamtwert von knapp 2,6 Milliarden US-Dollar. Dies wäre die größte Bestellung neuer Airbus-Flugzeuge in der Geschichte von Aeroflot.

## Globus Holding GmbH & Co. KG

Die deutsche Einzelhandelskette Globus **errichtet in der Stadt Puschkino** (Region Moskau) für rund 80 Millionen Euro **ein Logistikzentrum**. Die vollständige Inbetriebnahme ist für 2020 geplant. Auf rund 80.000 Quadratmetern Lagerfläche sollen Konsumgüter gelagert werden. Mit dem Projekt werden rund 900 neue Arbeitsplätze geschaffen. Auf dem russischen Markt ist Globus derzeit mit 15 Verbrauchermärkten und rund 11.000 Mitarbeitern vertreten.



Die russischen Hypermärkte von Globus wie hier in Balaschicha bieten Marktplatzatmosphäre auf 10.000 Quadratmetern.

## Henkel AG & Co. KGaA

Henkel Bautechnik hat im September in der Region Leningrad sein **sechstes russisches Werk zur Herstellung von Trockenbaumischungen eröffnet**. In die neue Anlage in Tosno bei St. Petersburg wurden rund zehn Millionen Euro investiert. Der Henkel-Konzern ist bereits seit knapp 30 Jahren auf dem russischen Markt aktiv und verfügt über zehn Werke mit insgesamt 2.500 Mitarbeitern.

## Kermi GmbH

Der bayerische Heiztechnikhersteller Kermi hat im Oktober die **erste Produktionslinie seines Heizkörper-Werks im Industriepark Stupino 1 bei Moskau eröffnet**. Insgesamt investieren die Niederbayern rund 22 Millionen Euro in die Anlage mit zwei Linien. Bei voller Auslastung können dort bis zu 600.000 Heizkörper jährlich produziert werden.

## Knauf Gips KG

Im September wurde im Industriepark Stupino bei Moskau das **erste Hotel aus Fertigmodulen in Russland eingeweiht**. Dabei kamen Module der Firma Nowyj Dom zum Einsatz, einer Tochter der deutschen Baustoffholding Knauf. Zur Entwicklung eines modularen Gebäudebaus hatte Knauf im Mai in Krasnogorsk ein neues Produktionswerk eröffnet, das eine Kapazität von 100.000 Quadratmetern Fertigpaneelen pro Jahr besitzt.

## PHOENIX CONTACT GmbH & Co. KG

Das Elektronikunternehmen Phoenix Contact will in Moskau **Hightech-Ausrüstungen für den Einsatz in Energiewirtschaft und Maschinenbau entwickeln**. Dafür wurde Mitte Oktober gemeinsam mit russischen Partnern der Grundstein für das neue Entwicklungs- und Kompetenzzentrum im Moskauer Innovationszentrum Skolkowo gelegt. Bereits 2017 hatte Phoenix eine eigene Produktion in der Region Moskau eröffnet.

## Siemens AG

Der Technologiekonzern Siemens hat im Oktober von der russischen PJSC Kazanorgsintez den **Auftrag zur schlüsselfertigen Errichtung eines Gas- und Dampfkraftwerks in Tatarstan** erhalten, das über eine Leistung von 250 Megawatt verfügen und 2023 den Betrieb aufnehmen soll. Teil des fast 300 Millionen Euro umfassenden Auftrags sind auch Wartungs- und Dienstleistungsverträge für das neue und ein weiteres Kraftwerk der Schwesterfirma PJSC Nizhnekamskneftekhim. Das Projekt wird von Siemens gemeinsam mit dem türkischen Bauunternehmen ENKA durchgeführt.

## Wintershall DEA GmbH

Das Joint Venture Achimgaz der Gazprom-Tochter Gazprom Dobycha Urengoi und der Wintershall Dea hat im Oktober die **letzte von 108 Produktionsbohrungen in der Achimov-Formation des Urengoi-Gasfeldes in Westsibirien in Betrieb genommen**, was eine jährliche Plateauförderung von zehn Milliarden Kubikmetern Erdgas ermöglicht. Gegründet im Jahr 2003, startete Achimgaz 2008 die ersten Pilotbohrungen und begann 2011 die kommerzielle Förderung. Bis heute wurden mehr als 43 Milliarden Kubikmeter Erdgas und 19 Millionen Tonnen Kondensat gefördert.

Falls Sie Ihre Meldungen auch gerne in den OEI veröffentlichen möchten, senden Sie uns eine Mail an: [C.Himmighoffen@bdi.eu](mailto:C.Himmighoffen@bdi.eu)

# LÄNDERNEWS

## Albanien/Nordmazedonien

Wegen des Vetos Frankreichs hat die EU auf ihrem Gipfeltreffen im Oktober **kein grünes Licht für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien** gegeben. Die Entscheidung des Gipfels wurde in der Region, aber auch innerhalb der EU heftig kritisiert. „Die EU hat es damit verpasst, ein starkes Signal in die Region zu senden, dass Reformanstrengungen honoriert werden,“ sagte der OAOEV-Vorsitzende Oliver Hermes. „Beide Länder haben wichtige, zum Teil sehr schmerzhaft strukturelle Reformen vorangetrieben. Die in Aussicht gestellte Eröffnung der Beitrittsverhandlungen war für beide Regierungen ein wichtiges und motivierendes Argument.“ Der OAOEV werde sich weiterhin für den zügigen Beginn der Beitrittsgespräche einsetzen und die Länder der Region auf ihrem Weg der europäischen Integration unterstützen.

## Polen

Der internationale Kreditversicherer Atradius weist Exporteure auf weiter **steigende Risiken für Zahlungsausfälle und -verzögerungen bei Geschäften mit polnischen Abnehmern** hin. Zwar wächst das Bruttoinlandsprodukt Polens solide. Die Wahrscheinlichkeit, dass Lieferanten nach erbrachter Leistung nicht bezahlt werden, ist in dem Land jedoch weiterhin beträchtlich – insbesondere, wenn Auftraggeber aus der Automobilbranche, der Bauwirtschaft, dem Agrarsektor, dem Maschinenbau oder dem Konsumgüter-/Elektronikbereich stammen. In den kommenden Monaten dürfte das Forderungsrisiko noch weiter zunehmen. Wie das Atradius Zahlungsmoralbarometer für 2019 zeigt, stieg bei den befragten polnischen Firmen der Gesamtwert der Forderungen, die am Ende eines Geschäftsjahres unbezahlt waren und abgeschrieben werden mussten, gegenüber dem Vorjahr von ein auf zuletzt 1,9 Prozent an.

## Serbien

Der EU-Beitrittskandidat Serbien hat Ende Oktober ein **Freihandelsabkommen mit der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) unterzeichnet**. Das Abkommen baut auf dem bereits existierenden Abkommen mit Kasachstan, Russland und Belarus auf und stellt eine Erweiterung auf die anderen Mitgliedstaaten und eine Vertiefung dar. Es sieht den Abbau von Zolltarifen und die Kooperation beim Abbau sonstiger Handelshemmnisse vor. Derzeit gehen nur 7,5 Prozent der serbischen Exporte in die fünf EAWU-Länder. Diese erhalten wiederum Zugang zum serbischen Markt und können bestimmte Produktgruppen exportieren, die zuvor nicht nach Serbien ausgeführt werden konnten. Das Abkommen tritt 60 Tage nach der Notifikation über die Umsetzung aller erforderlichen Schritte in Kraft und hat keine zeitliche Begrenzung.



**Smart Transportation**

**Innovationen für Ihren Transportalltag.** Mit Trailern und Aufbauten von Schmitz Cargobull zuverlässig ans Ziel kommen. Mit ausgezeichneten Innovationen noch wirtschaftlicher unterwegs. Heute und in Zukunft.  
Mehr Infos: +49(0)2558 81-7001 oder [www.cargobull.com](http://www.cargobull.com)

**SCHMITZ CARGOBULL**   
The Trailer Company.

# Als der „Mantel der Geschichte“ wehte

Der Ost-Ausschuss ist 1989 mitten drin im Weltgeschehen: Gorbatschow und Walesa sind zu Gast, in China wird vermittelt und Helmut Kohl wird auf eine historische Reise nach Warschau begleitet. Dort wird die Delegation vom Mauerfall überrascht.



Bruderkuss: Berühmtes Gemälde mit Breschnew und Honecker in der East Side Gallery in Berlin.

Das Jahr 1989 hat nicht nur die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in ganz Europa zum Tanzen gebracht, es hat auch tiefe Spuren in der Historie des Ost-Ausschusses (OA) hinterlassen: Am historischen 9. November 1989 hält sich eine OA-Delegation zusammen mit Bundeskanzler Helmut Kohl in Warschau auf. Dieser absolviert dort einen historischen Staatsbesuch. Anstelle des damaligen Vorsitzenden Otto Wolff von Amerongen leitet Deutsche-Bank-Chef Alfred Herrhausen die Wirtschaftsdelegation. „Am Abend des 9. November kam Regierungssprecher Johnny Klein zur Delegation ins Marriot Hotel“, erinnert sich OA-Geschäftsführer Hermann Fink. „Klein sagte zu uns: Jungs, es ist was los in Berlin. Was genau, weiß ich auch nicht.“

Während die insgesamt 70-köpfige Delegation in Warschau wartet, unterbricht der Bundeskanzler für einen Tag seine Reise, um nach Berlin zu eilen und sich vom Fall der Mauer zu überzeugen. Der „Mantel der Geschichte weht durch Europa“, Kohl packt zu. Wenige Tage später wird er Freund und Feind

mit einem Zehn-Punkte-Stufenplan zur Vereinigung Deutschlands und Europas überraschen, der den Weg zur deutschen Wiedervereinigung weist. Mit dem Fall der Mauer geraten auch die sozialistischen Systeme in den Nachbarländern endgültig ins Rutschen.

## Runder Tisch in Polen

Begonnen hatte das „annus mirabilis“ mit einem echten Paukenschlag: Am 16. Januar 1989 beschloss die regierende Polnische Kommunistische Partei in Warschau die Wiederzulassung der seit 1981 verbotenen unabhängigen Gewerkschaft Solidarność. Am 21. Januar traf der reformkommunistische polnische Premierminister Mieczysław Rakowski in Deutschland ein. Der OA richtete zu seinen Ehren am 23. Januar einen großen Festakt in Köln aus. Wie Sven Jüngerkes in seiner 2012 erschienenen OA-Biographie „Diplomaten der Wirtschaft“ schreibt, habe Rakowski dem Vorsitzenden Wolff von Amerongen und den anwesenden 450 Unternehmensvertretern versichert, die „tiefgreifenden Wirtschaftsreformen“ fortsetzen zu wollen. Viele Gele-

genheiten zu Reformen blieben Rakowski nicht mehr: Am 7. Februar 1989 fand in Warschau bereits das erste Treffen am Runden Tisch zwischen der polnischen Regierung und Oppositionsführer Lech Walesa statt: Die Vorbereitungen erster halbfreier Wahlen in Polen am 4. Juni 1989 begannen.

In den Monaten zuvor hatte sich auch in Ungarn Revolutionäres ereignet: Am 2. Mai verkündete die ungarische Regierung den baldigen Abbau des „Eisernen Vorhanges“ zu Österreich. Im Sommer schwoll die Zahl der Ausreisewilligen aus der DDR immer weiter an. Diese flüchteten über Ungarn oder besetzten bundesdeutschen Vertretungen in Ost-Berlin, Warschau und Prag.

## Gorbatschow in Köln

Der Mann, der das große Durcheinander im östlichen Teil Europas zu verantworten hatte, Michail Gorbatschow, absolvierte vom 12. bis 15. Juni 1989 einen umjubelten Staatsbesuch in Deutschland. Der Begriff „Gorbimanie“ entstand. Zum wirtschaftlichen Höhepunkt der Reise wurde ein Treffen mit Vertretern des OA in Köln. Die rund 90-minütige Begegnung, zu der über 600 Teilnehmer in den Börsensaal der IHK gekommen waren, wurde live im ZDF übertragen. In seiner zehnmütigen Eröffnungsrede legte der gastgebende Vorsitzende des OA Wolff von Amerongen den Akzent auf die notwendigen Reformen in der UdSSR und sprach die fehlende Konvertierbarkeit des Rubels in der an Devisen klammern Sowjetunion an. Eine Belebung des sowjetischen Außenhandels sei maßgeblich davon abhängig, wie eine rasche und umfassende Binnenreform, der Aufbau der Rechtssicherheit und der Abbau der lähmenden Planbürokratie vorankommen würde.

Gorbatschow, der unter anderem von Außenminister Eduard Schewardnadse begleitet wurde, warb in Köln in einer 52 Minuten



langen Rede für eine Intensivierung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen, weil es „für eine gute Nachbarschaft keinen erdbebensichereren Boden gibt als die Verflechtung der Wirtschaft und die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit“. Das sozialistische Wirtschaftsgebiet RGW und die EG sollten zusammenarbeiten, schlug Gorbatschow vor: „Das Konzept des gesamteuropäischen Hauses ist meiner Überzeugung nach der aussichtsreichste Weg der allmählichen Überwindung der Spaltung Europas.“ Hier klang bereits die Vision eines gemeinsamen Wirtschaftsraums von Lissabon bis Wladiwostok an.

### Walesa wünscht sich frisches Geld

Wenige Wochen nach dem ranghöchsten Kommunisten der Welt kam am 6. September 1989 der berühmteste Gewerkschaftsführer der Welt zu Gesprächen an den Rhein: der Friedensnobelpreisträger von 1983 Lech Walesa. Zu den Terminen gehörte auch ein informelles Kennenlernen mit einer 15-köpfigen OA-Abordnung. Für die OA-Vertreter muss es ein sehr schwieriger Termin gewesen sein. Erst wenige Tage zuvor, waren Forderungen der Gewerkschaft Solidarność an den Westen bekannt geworden, die neue Reformregierung in Polen mit einem Kredit von zehn Milliarden US-Dollar zu unterstützen.

Die deutsche Presse hatte die Solidarność mit ihren Forderungen weitgehend auf ihrer Seite. Diejenigen, die das Geld erwirtschaften sollten, und bereits Milliarden an ausstehenden Polen-Krediten abschreiben mussten, sahen dies differenzierter. So musste der OA-Vorsitzende Otto Wolff als deren oberster Repräsentant fast zwangsläufig die Rolle des Spielverderbers übernehmen. Pauschale Kreditwünsche verstellten eher den Blick auf dringend notwendige Reformen, etwa für die fällige Preis- und Währungsreform, sagte Wolff. Deshalb wolle man „Schritt für Schritt nach gangbaren Wegen suchen, die Situation konkret zu verbessern“. Immerhin wurde eine Kernforderung des OA von der Bundesregierung wenig später erhört und der Rahmen für Hermes-Bürgschaften für Polen deutlich erweitert.

### Die chinesische „Lösung“

Dank Gorbatschow wehte der „Wind of Change“ einige Monate nahezu ungebremst durch Mitteleuropa. Er öffnete ein „Fens-

ter der Möglichkeiten“, das zur weitgehend friedlichen Neuordnung ganz Europas führte. Dass es auch anders hätte kommen können, zeigt auf tragische Weise der 4. Juni 1989. An diesem Tag wurde die Besetzung des Platzes am Tor zum Himmlischen Frieden (Tian`anmen) durch oppositionelle Studenten militärisch beendet. Es folgten Festnahmen und Massaker in vielen Teilen der Stadt, denen nach neuesten Recherchen der BBC bis zu 10.000 Oppositionelle zum Opfer fielen.

China gehörte noch bis Mitte der 1990er Jahre zum Betreuungsgebiet des OA. Wolff von Amerongen nutzte 1989 seine vielfältigen China-Kontakte, um Ende September zu einer viertägigen Erkundungsmission aufzubrechen. Kurz nach Otto Wolff traf zudem Heinrich Weiss, Sprecher des Arbeitskreises China im OA, in Peking ein. Beide Unternehmer waren die ersten westlichen Vertreter überhaupt, die Peking nach Niederschlagung der Oppositionsbewegung besuchten. Dies geschah in Abstimmung mit dem deutschen Botschafter in China, allerdings ohne dessen aktive Begleitung.

Die chinesische Führung maß dem Besuch damals höchste Bedeutung bei. Beide OA-Vertreter wurden von Premierminister Li Peng empfangen. Wolff forderte diesen im Gespräch zu einer „Geste des guten Willens“ auf, wie Jüngerkes schreibt: „Nur wenn es beispielsweise eine Teilamnestie gebe und vor allem der Ausnahmezustand aufgehoben werde, könnten sich die deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen rasch normalisieren“, dies habe Otto Wolff klargemacht. Gleichzeitig betonten Wolff und Weiss aber auch, dass sie ein westliches Wirtschaftsembargo gegen China ablehnten, was in Peking sicherlich wohlwollend registriert wurde.

### Der perfekte Sturm für die DDR

Während Polen und Ungarn beherzt in Richtung Demokratie durchstarteten, entwickelte sich in der repressiven DDR die so genannte „chinesische Lösung“ im Sommer 1989 zum geflügelten Wort. Bis weit in den Oktober 1989 hinein mussten die Leipziger Montagsdemonstranten mit diesem Szenario rechnen. Dennoch wuchsen die Demonstrationen seit ihrem Start am 4. September im Anschluss an Friedensgebete in der Nikolaikirche von Woche zu Woche an; unterstützt von der Berichterstattung im

Westfernsehen, die im Vor-Internet-Zeitalter konspirativ über aus der DDR herausgeschmuggelte VHS-Videokassetten ermöglicht wird.

Angesichts dieser Entwicklungen wurde der große Feiertag zum 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober 1989 zu einer gespenstischen Veranstaltung. In Berlin herrschte Götterdämmerung: Am 6. Oktober 1989 sagte der zu den Feierlichkeiten nach Ost-Berlin gereiste Michail Gorbatschow direkt nach einer Kranzniederlegung in der Neuen Wache unter den Linden den Satz: „Gefahren lauern auf diejenigen, die nicht auf das Leben reagieren“. Gefiltert über diverse Dolmetscher mit einer Prise „Stille Post“ wird daraus ein Sprichwort, das heute Legende ist: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“

Die Bestrafung des DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker folgte kurz darauf: Am 17. Oktober wurde er zum Rücktritt gezwungen, Egon Krenz übernahm und kündigte eine politische „Wende“ an. Doch das Volk gab sich damit nicht mehr zufrieden: Am 4. November fand auf dem Alexanderplatz die größte Demonstration in der Geschichte der DDR statt. Am 7. November traten die gesamte DDR-Regierung und der Ministerrat zurück, am 8. November folgte das SED-Politbüro und am 9. November öffnete in all dem administrativen Chaos Günter Schabowski in einer denkwürdigen Pressekonferenz vorzeitig die Mauer, indem er den Entwurf für eine neue DDR-Reiseregelung aus Versehen „unverzüglich“ in Kraft setzte und sämtliche Grenztruppen in der Nacht damit überraschte.

Der Fall der Mauer wurde zu einer wirtschaftlichen „Stunde Null“, wie es Karl-Hermann Fink, damaliger OA-Geschäftsführer beschreibt. Er wurde zum Startschuss für einen Transformationsprozess in Deutschland und Osteuropa, der uns auch 30 Jahre später immer noch in Atem hält.

---

**Andreas Metz**

Leiter Presse und Kommunikation im OAOEV

---

In voller Länge ist der Beitrag im **Mittel-Osteuropa-Jahrbuch 2019 des OAOEV** zu finden, das bei der Redaktion erhältlich ist.

# Osteuropa stärkt deutschen Export – Fachkräftemangel dämpft Entwicklung

Auf seiner ersten Jahrespressekonferenz informierte der neue OAOEV-Vorsitzende Oliver Hermes über die aktuellen Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa. Neue Impulse für die deutsche Wirtschaft erwartet er durch Automatisierung, Digitalisierung und Klimaschutz.

Die Wirtschaft in Osteuropa wächst weiterhin überdurchschnittlich stark, ein Mangel an Fachkräften und eine sinkende Exportnachfrage aus Westeuropa dämpfen jedoch die Entwicklung. „Aktuell gehen wir nur von einer Wachstumsdelle aus“, sagte Oliver Hermes auf der Pressekonferenz in Berlin. „Hilfreich wäre jetzt eine Politik, die aktiv Wachstumsimpulse setzt, entschlossen in Infrastrukturmaßnahmen investiert, die Digitalisierung und den Klimaschutz vorantreibt und Zukunftsthemen wie Künstliche Intelligenz und Elektromobilität anschiebt.“ Hier seien enge Kooperationen zwischen Deutschland und den östlichen Nachbarländern möglich und notwendig.

In den ersten acht Monate 2019 legten die deutschen Exporte in die 29 Länder des OAOEV um zwei Prozent auf 153 Milliarden Euro zu. Die Importe aus der Region wuchsen um ein Prozent auf 152 Milliarden Euro. Insgesamt hatten die 29 Länder damit einen Anteil am deutschen Außenhandel von rund 20 Prozent. Polen löste im laufenden Jahr Großbritannien als sechstwichtigsten deutschen Handelspartner ab.

Das gravierendste Problem in der Region ist der zunehmende Mangel an Facharbeitern. „Es muss deshalb verstärkt in Ausbildung und Automatisierung investiert werden“, so Hermes. Dieser Nachholbedarf an Hochtechnologie in der Region sei gerade eine Chance für die deutsche Wirtschaft, die Lösungen anbieten könne. Wachstumsimpulse für die deutsche Wirtschaft erhofft sich der OAOEV auch vom Thema Klimaschutz.

Zu den Forderungen des OAOEV an die neue EU-Kommission gehört eine Verständigung mit der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) über den Abbau von Zollschranken und die Angleichung von Normen, Standards und Zertifizierungsregeln. „Anstatt Länder dazu zu bringen, sich entweder für die EU oder die EAWU zu entscheiden, muss es ein



Oliver Hermes (Mitte) kommentierte aktuelle Entwicklungen in den OAOEV-Ländern.

Miteinander aller geben. Deshalb schlagen wir die Einrichtung einer ständigen Arbeitsgruppe der EU mit der EAWU über den Abbau von Zollschranken und die Angleichung von Normen, Standards und Zertifizierungsregeln vor“, sagte Hermes.

Außerdem müsse die neue EU-Kommission nun die in den vergangenen Monaten entwickelten neuen EU-Strategien für Zentralasien und Konnektivität in die Praxis umsetzen.

## Entspannungsprozess zwischen Ukraine und Russland

Sehr positiv wertet der OAOEV den aktuellen Entspannungsprozess zwischen der Ukraine und Russland. „Der neue ukrainische Präsident Selenskyj hat großen Mut gezeigt und Bewegung in den festgefahrenen Konflikt in der Ost-Ukraine gebracht“, lobte Hermes. „Die Chance, neues Vertrauen aufzubauen und zu einer grundlegenden Verständigung mit Russland zu kommen, ist so groß wie noch nie in den vergangenen fünf Jahren. Dies würde europäische Investitionen in der Ostukraine entschieden erleichtern.“

Mit Fortschritten im Minsker Friedensprozess stiegen zudem die Chancen für einen Abbau von Wirtschaftssanktionen: „Sobald erkennbare und nachhaltige Schritte im Frie-

densprozess zu verzeichnen sind, sollten erste Sanktionen abgebaut werden, Schritt für Schritt“, sagte der OAOEV-Vorsitzende. Mit konkreten Angeboten an Russland könne die EU den Annäherungsprozess weiter voranbringen.

## Fortschritte bei Nord Stream 2

Gestützt werde die aktuelle Wiederannäherung durch die positive Entwicklung beim europäisch-russischen Pipelineprojekt Nord Stream 2. „Die Genehmigung des letzten Teilstücks der Pipeline durch die dänischen Behörden war eine wichtige Zwischentappe. Sowohl für die europäischen Verbraucher als auch für die europäische Wirtschaft verbessert dies die Aussichten auf zusätzliche Erdgasimporte und damit stabile Energiepreise“, kommentierte der OAOEV-Vorsitzende. „Wir benötigen sowohl Nord Stream 2 als auch den Ukraine-Transit für eine diversifizierte europäische Erdgasversorgung“, betonte der OAOEV-Vorsitzende im Hinblick auf laufende Verhandlungen Russlands und der Ukraine unter Vermittlung der EU über einen neuen Gastransit-Vertrag. „Wir brauchen hier bis zum Jahresende ein positives Ergebnis“, so Hermes.

## Andreas Metz

Leiter Presse und Kommunikation im OAOEV



# Belarus: Deutsche Wirtschaft unterstützt Modernisierung

Mein neues Amt als Sprecher des Arbeitskreises Belarus im Ost-Ausschuss – Osteuropa-verein hatte ich im August kaum angetreten, da sagte mir ein Mitglied des Gremiums, dass Belarus „die Insel der Glückseligen“ sei. Ich will die Dinge in Belarus nicht über die Maßen loben, doch die Arbeit mit dem EU-Anrainerstaat bereitet mir wirklich Freude.

Dazu leistet die gründliche Vorbereitung meiner belarussischen Gesprächspartner genauso ihren Beitrag, wie die professionelle Begleitung unserer Aktivitäten durch die Botschaft der Republik Belarus in Berlin, den deutsch-belarussischen Unternehmerrat und auch die hiesigen Ministerien und Behörden. Das habe ich erneut Ende September während der Delegationsreise nach Minsk mit Dr. Ulrich Nußbaum, dem Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, erleben dürfen (s. S. 10).

Nach den ersten Monaten in meiner neuen Funktion freue ich mich auf die künftigen Aufgaben und werde mich aktiv an der Werbung für dieses Land beteiligen. Egbert Tölle, ein Mitglied unseres Vorstandes bei REMONDIS und mein Vorgänger als Arbeitskreissprecher, hat sich jahrelang ehrenamtlich für die Förderung der deutsch-belarussischen Wirtschaftsbeziehungen engagiert.

Eingebettet zwischen der EU und Russland weckt Belarus Hoffnungen bei Politik und Wirtschaft, zu einer Drehscheibe für zukünftige Handelsströme zu werden. Die junge, aufstrebende IT-Branche profitiert von guten Bildungsstandards und günstigen Lohnkosten. Hunderte von IT-Startups sind entstanden, und Erfolge zeigen sich in dem leistungsfähigen Angebot an exportorientierten Softwaredienstleistungen.

Belarus wird aber auch ein Land des Recyclings. Schon im Jahr 2010 investierte REMONDIS in eine moderne Wasser- und Entsorgungswirtschaft durch die Gründung eines Joint Ventures mit der Stadt Minsk. Inzwischen planen wir mit der belarussischen Investitionsagentur den Aufbau eines Pfandsystems für Einweggetränkeverpackungen. Das System bietet Chancen für die deutsche Industrie, die Modernisierung der belarussischen Umweltwirtschaft durch eigene Produkte wie Pfandautomaten oder Sortieranlagen zu befördern.

Last but not least ist Belarus auch noch ein wichtiges Transitland auf der neuen Seidenstraße. Die auferlegten Standzeiten von fünf Tagen für Containerzüge an der belarussisch-polnischen Grenze sind jedoch völlig inakzeptabel. Auch daran werden wir arbeiten, um den Schienenverkehr im Sinne des Klimaschutzes zu stärken.

Ich wünsche Ihnen eine gute Lektüre!



**Torsten Weber**

Geschäftsführung REMONDIS International AG und Sprecher des Arbeitskreises Belarus im OAOEV

# Das Tor nach Osten

Eine offizielle Wirtschaftsdelegation unter Leitung des OAOEV reiste Ende September mit Staatssekretär Ulrich Nussbaum nach Belarus. Das Land ist ein wichtiges Bindeglied der Belt & Road-Initiative und das westliche Tor zur EAWU.



Der Industriepark „Great Stone“ bei Minsk gehört zu den chinesischen Projekten im Rahmen der „Neuen Seidenstraße“.

Mit Staatssekretär Ulrich Nussbaum vom Bundeswirtschaftsministerium reiste Ende September erstmals seit vielen Jahren wieder ein hochrangiges Mitglied der Bundesregierung mit einer Unternehmerdelegation nach Belarus. Die 17-köpfige Wirtschaftsdelegation wurde von Torsten Weber (REMONDIS International GmbH), dem Sprecher des Arbeitskreises Belarus im Ost-Ausschuss – Osteuropaverein (OAOEV), sowie von OAOEV-Geschäftsführerin Ute Kochlowski-Kadjaia geleitet. Auf dem Programm standen unter anderem Gespräche mit dem belarussischen Wirtschaftsminister Dmitry Krutoj, dem stellvertretenden Außenminister Oleg Krawtschenko, dem deutschen Botschafter Manfred Huterer sowie Repräsentanten der deutschen Wirtschaft im Land. Außerdem nahm die Delegation am 10. Tag der Deutschen Wirtschaft in Belarus teil.

„Die Bundesregierung und die deutsche Wirtschaft zeigen mit diesem Besuch ihr Interesse an der Republik Belarus als Handels- und Investitionspartner“, sagte Staatssekretär Nussbaum. Die belarussische Wirtschaft biete aufgrund ihres gut ausgebildeten Fachkräftepotenzials auch für deutsche Unternehmen zukunftssträchtige Kooperationsmöglichkeiten in verschiedenen Wirtschaftszweigen. „Die Bundesregierung wird deshalb für Belarus ihr gesamtes Instrumentarium der Außenwirtschaftsförderung zur Verfügung zu stellen“, kündigte Nussbaum an.

## Studie zu Investitionsbedingungen in Belarus vorgestellt

Gemeinsam mit der deutschen Beratergruppe GET Belarus, der Repräsentanz der Deutschen Wirtschaft und dem Deutsch-Belarussischen Wirtschaftsclub hat sich der OAOEV an einer aktuellen Studie beteiligt, die auf Befragungen deutscher Unternehmen basiert und praktische, schnell umsetzbare Empfehlungen für eine Verbesserung des Investitionsklimas enthält (s. S. 11). Die Studie wurde im Rahmen der Reise offiziell vorgestellt und stieß auf großes Interesse der belarussischen Seite. Wirtschaftsminister Krutoj kündigte deren Umsetzung an. „Für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in Belarus und mehr ausländische Investitionen ist eine Verbesserung der unternehmerischen Rahmenbedingungen unerlässlich“, sagte Ute Kochlowski-Kadjaia dazu. „Dabei muss insbesondere der Privatsektor größere Spielräume bekommen.“

Beim Gespräch von Nussbaum mit dem Vize-Außenminister, an dem auch die OAOEV-Geschäftsführerin teilnahm, sprach sich Krawtschenko für eine enge Kooperation von EU und Eurasischer Wirtschaftsunion (EAWU) aus. Eine solche enge Kooperation könnte verhindern, dass sich Länder zwischen beiden Organisationen entscheiden müssten. Belarus ist ein Tor zur EAWU mit ihren rund 180 Millionen Einwohnern. Das Freihandelsregime innerhalb der

EAWU, der außerdem Russland, Kasachstan, Kirgisistan und Armenien angehören, erleichtert dabei den Export Richtung Osten. Die Delegation besuchte das Werk des Schweizer Bahnherstellers Stadler, der von Belarus aus weltweit exportiert. Der Standort ist insbesondere für Unternehmen interessant, die Spezialaufträge ausführen.

## Logistikpark an der „Neuen Seidenstraße“

Die Delegation besuchte zudem den Industriepark „Great Stone“ bei Minsk, der zu den chinesischen Projekten im Rahmen der „Neuen Seidenstraße“ gehört. Belarus ist ein wichtiges Bindeglied in der chinesischen Belt & Road-Initiative (BRI). An der Entwicklung des Industrie- und Logistikparks sind auch deutsche Unternehmen beteiligt. Hier gibt es bereits Niederlassungen von Unternehmen aus 13 Ländern, darunter aus Russland und dem Baltikum.

Der OAOEV unterstützt die Intensivierung der deutsch-belarussischen Wirtschaftsbeziehungen mit einer Vielzahl von Aktivitäten. Erst Mitte September organisierte der OAOEV eine Reise deutscher Jungunternehmer nach Minsk mit dem Schwerpunkt Digitalisierung und Innovationsmanagement. Im März 2017 war auf Initiative des OAOEV und des Belarussischen Rats für wirtschaftliche Zusammenarbeit der Deutsch-Belarussische Unternehmerrat neu gegründet worden. Im laufenden Jahr hat der Unternehmerrat unter anderem zwei Delegationsreisen nach Brest und eine Ratsitzung in Minsk organisiert, an der auch Kochlowski-Kadjaia teilnahm. Bei der Reise von Staatssekretär Nussbaum wurde der Unternehmerrat durch den Ko-Vorsitzenden Sergej Nowitzky (Henkel) vertreten.

**Christian Himmighoffen**

Referent Presse und Kommunikation

# Reformstudie: Rasche Umsetzung verspricht schnelle Gewinne

Anlässlich des 10. Tags der Deutschen Wirtschaft in Belarus wurde im September in Minsk eine neue Studie mit Reformvorschlägen in Belarus tätiger deutscher Unternehmen vorgestellt.



**Robert Kirchner**  
Vize-Leiter, German Economic Team Belarus



**David Saha**  
Berater, German Economic Team Belarus

Die Studie entstand durch eine Kooperation des vom Bundeswirtschaftsministeriums finanzierten „German Economic Team Belarus“ (GET Belarus) mit den deutschen Wirtschaftsverbänden in Belarus: Neben dem Ost-Ausschuss – Osteuropaverein (OAOEV) nahmen der Deutsch-Belarussische Wirtschaftsclub sowie die Repräsentanz der Deutschen Wirtschaft in Belarus an der Studie teil.

Die Studie verfolgt das Ziel, durch eine Verbesserung des Geschäftsklimas in Belarus zu mehr Investitionen und mehr Wachstum des Privatsektors beizutragen. Ohne diese Investitionen

wird Belarus trotz einer Verbesserung der makroökonomischen Lage mittelfristig nicht das nötige Wachstum erreichen, um zu den entwickelten Volkswirtschaften Europas aufzuschließen.

## Fokus auf konkreten Lösungen

Der Fokus der Studie liegt auf praktischen, meist kleineren Lösungen für Probleme. Dies steht nicht im Widerspruch zur Arbeit an größeren Reformen. Um das Geschäftsklima nachhaltig zu verbessern, sind beide Arten von Reformen nötig. Während aber große Reformen meist viel Zeit benötigen, können die in der Studie vorgeschlagenen Maßnahmen meist sehr schnell umgesetzt werden und würden schnell Wirkung zeigen. In sechs Kategorien wie Einwanderungs- und Arbeitsrecht oder Steuern und Buchhaltung wurden insgesamt 35 Vorschläge gemacht. Jeder Einzelvorschlag wurde von den Experten des GET Belarus auf Umsetzbarkeit, Praktikabilität und Konsistenz mit dem Reformansatz zur Schaffung freier, wettbewerblicher Märkten überprüft, identifiziert ein klar umrissenes Problem und enthält einen konkreten Lösungsvorschlag, der an die jeweilig zuständige Regierungsinstitution adressiert ist.

Auch wenn die Vorschläge die gesamte Spannbreite an Themen abdecken, die für Unternehmen relevant sind, von sektorspezifischer Regulierung über Steuern und Recht bis hin zur Notwendigkeit eines neuen Arbeitsgesetzbuchs – lassen sich drei wesentliche Stoßrichtungen der Vorschläge identifizieren, die sich auf bekannte Defizite im Geschäftsklima von Belarus beziehen.

Mehr Sicherheit und Transparenz im Rechtssystem: Es wird zum Beispiel eine Datenbank aller Gerichtsentscheidungen und eine Kodifizierung der Verfahren staatlicher Institutionen vorgeschlagen. Weitere Vorschläge sehen unter anderem eine gleichrangige rechtliche Behandlung von

Investoren im Vergleich zum Staat – etwa in Investitionsverträgen – vor. Bürokratieabbau: Ein Beispiel ist die Zollabfertigung von Importen: Derzeit muss zur Ermittlung des Warenwerts jeweils eine ganze Akte mit Informationen an den Zoll übermittelt werden. In der Studie wird vorgeschlagen, die Rechnungen für die Waren im Normalfall als ausreichende Basis zur Wertermittlung zu akzeptieren. Vereinfachte Regeln zur Beschäftigung von Ausländern: Gerade ausländische Unternehmen in Belarus würden von verlängerten Laufzeiten und einfacheren Bewerbungsverfahren für Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen profitieren.

## Zehn „Quick wins“

Zehn Vorschläge, die sich besonders für eine rasche Umsetzung eignen und schnell Wirkung zeigen würden, wurden als „Quick wins“ identifiziert. Diese Vorschläge beinhalten die Beschleunigung der Mehrwertsteuer-rückerstattung bei Warenlieferungen nach Belarus, die erwähnte Anerkennung von Rechnungen als Grundlage für die Berechnung von Warenwerten durch den Zoll, den Aufbau einer elektronischen Datenbank für alle Gerichtsentscheidungen und die Vereinfachung der Regelungen und Verlängerung der Laufzeit von Arbeitsgenehmigungen. Nun liegt es an der belarussischen Regierung, diese Vorschläge zu prüfen und umzusetzen. Sowohl Wirtschaftsminister Dmitry Krutoj als auch Finanzminister Maxim Yermolovich waren bei der Vorstellung der Studie anwesend. Das GET Belarus und die an der Studie beteiligten Wirtschaftsverbände sind dazu bereit, die Regierung bei der Umsetzung der Vorschläge beratend zu unterstützen, entsprechende Fortschritte zu verfolgen und nach außen zu kommunizieren.

**Die Studie kann unter <https://www.get-belarus.de/> kostenfrei heruntergeladen werden.**



# „Instrument zum Brückenbauen“

Belarus und die EU kommen sich wieder näher. Die OEI sprach anlässlich seines jüngsten Deutschland-Besuchs mit Außenminister Wladimir Makej über die bilateralen Beziehungen sowie die Rolle der Östlichen Partnerschaft, der EAWU und Chinas für Belarus.



Wladimir Makej  
Außenminister der Republik Belarus

## Herr Außenminister, wie beurteilen Sie den aktuellen Stand der bilateralen Beziehungen mit Deutschland?

Für Belarus war und ist Deutschland einer der wichtigsten Partner in der Europäischen Union (EU). Das vergangene Jahr war präzedenzlos, wenn man berücksichtigt, in welcher Art und Weise die Kontakte intensiviert und der belarussisch-deutsche Dialog auf ein qualitativ neues Niveau gebracht werden konnte. Ein besonderes Zeichen setzten der Besuch von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in Belarus im Juni 2018 – der erste in der Geschichte unserer bilateralen Beziehungen – und das produktive Treffen unserer Staatschefs. Es findet ein regulärer Dialog zwischen den Außenministerien statt, und die interparlamentarischen Kontakte gewinnen immer mehr an Dynamik.

Während meines jüngsten Besuchs in Berlin haben wir mit meinem deutschen Amtskollegen Heiko Maas vereinbart, eine bilaterale Koordinierungsgruppe zu etablieren, die eine strategische Vision für aussichtsreiche Branchenkooperationen entwickeln und konkrete Schritte für deren praktische Umsetzung in Form eines Fahrplans festlegen soll.

## Welche Bedeutung hat Deutschland als Wirtschaftspartner für Belarus?

Die Bundesrepublik gehört traditionell zu den fünf wichtigsten Handels- und Investitionspartnern von Belarus. In den letzten Jahren ist unser Warenumsatz deutlich gewachsen – 2017 um ein Viertel, 2018 um weitere 16 Prozent – und hat laut unserer Statistik drei Milliarden US-Dollar übertraffen. In Belarus gibt es bereits über 300 Unternehmen mit deutschem Kapital. Für Belarus ist Deutschland der größte Lieferant von hochtechnologischen Anlagen für die Modernisierung unserer Betriebe.

Derzeit beobachten wir ein spürbar wachsendes Interesse seitens der deutschen Wirtschaft. So ist das Volumen deutscher Investitionen in Belarus 2018 gegenüber dem Vorjahr um das Zweieinhalbfache gestiegen. Für Investoren aus Deutschland ist der chinesisch-belarussische Industriepark „Great Stone“ – ein internationaler Cluster von Hightech-Unternehmen aus Europa, den USA, Israel, Kanada und Russland – besonders attraktiv.

## Wo sehen Sie denn weiteres Potenzial für den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen?

Zusätzliche Möglichkeiten sehen wir vor allem in der Schaffung neuer Joint Ventures in Belarus, die sich auf die Herstellung konkurrenzfähiger Produkte orientieren. Besonders gute Perspektiven gibt es aus unserer Sicht in solchen Branchen wie Maschinen- und Gerätebau, Chemie- und Pharmaindustrie, Transport und Logistik. Wir sind auch daran interessiert, dass immer mehr deutsche Firmen in den High-Tech-Park mit seinen präzedenzlos günstigen Bedingungen für zukunftssträchtige Initiativen im IT-Bereich kommen. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern hat ein großes Potenzial, das wir zur Entfaltung bringen können und sollen, unter anderem mit Unterstützung des

Ost-Ausschuss - Osteuropaverbands (OAOEV), der ein jahrelanger zuverlässiger Partner der Republik Belarus ist.

## Wie kann Belarus von der Östlichen Partnerschaft (ÖP) der EU profitieren?

Die ÖP ist für uns das Instrument für eine pragmatische Zusammenarbeit in der Region, für das „Brückenbauen“ und die Entwicklung zwischenmenschlicher Kontakte durch konkrete Projekte mit spürbarem Mehrwert. Diese Projekte sollten vor allem auf die Unterstützung der östlichen EU-Nachbarländer bei der Stärkung des gesellschaftlichen Wohlstands sowie der Modernisierung und Förderung der Konkurrenzfähigkeit gerichtet sein. Gerade das bietet unseres Erachtens die Gewähr für regionale Stabilität und Entwicklung.

## Welche Rolle spielt die ÖP für die wirtschaftliche Kooperation?

Momentan werden im Rahmen der ÖP Ziele und Aufgaben für die Zeit nach 2020 gesetzt. Wir haben unsere eigenen Verbesserungsvorschläge konzipiert, welche für das Funktionieren der ÖP notwendig sind und nach unserer Auffassung den Interessen aller EU-Partner entsprechen würden. Erstens ist die umfassende Zusammenarbeit beim Handel für uns von großem Interesse. Das sind solche Fragen wie die Zertifizierung von Exportunternehmen, die Standardisierung, die Metrologie, die Harmonisierung der Anforderungen im Bereich der Produktkonformität, die gegenseitige Anerkennung der Konformitätsbewertung und die Vereinfachung der Handelsprozeduren. Zweitens ist es höchste Zeit, sich über einen komplexen Ausbau der Grenzfunktionsstruktur Gedanken zu machen, wobei die Fragen der Sicherheit und der Mobilität von Menschen und Waren mit einbezogen werden. Ein solches Maßnahmenpaket könnte unter anderem eine weitere Modernisierung von Zollabfertigungsstellen

und den Informationsaustausch zwischen den Zollbehörden der ÖP- und der EU-Länder beinhalten.

Drittens schlagen wir vor, technische Innovationen zur übergreifenden Priorität in unserem Zusammenwirken werden zu lassen. Minsk ist bereit, sich als Plattform für die „IT-Schule“ der ÖP anzubieten, in der IT-Fachkräfte für alle unsere Partner ausgebildet würden.

Viertens ist die Verkehrs- und Energieinfrastruktur lebenswichtig, sowohl für die EU, als auch für ihre Partner, deren Wirtschaften im Wesentlichen von zuverlässigen Beziehungen mit den Nachbarn abhängig sind. Eine besondere Aufmerksamkeit sollte dabei der Entwicklung von internationalen Digitaltransportkorridoren geschenkt werden. Wir hoffen, dass ein Aktionsplan bald auch für die Finanzierung von Strominterkonnektoren in den EU-Partnerländern ausgearbeitet wird.

### **Wie kann die Kooperation zwischen der EU und der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) vertieft werden und welche Rolle kann Belarus dabei spielen?**

Unsere Idee der „Integration der Integrationen“ oder der „Kooperation der Integrationen“ besteht darin, der Annäherung zwischen der EU und der EAWU einen komplexen und geordneten Charakter im Hinblick auf konkrete materielle Vorteile für beide Unionsverbünde zu verleihen. Solch eine Annäherung würde das Vertrauen stärken und an dem Mythos über die Unvereinbarkeit und den Wettstreit des östlichen und des westlichen Systems rütteln. Genau dieses Mythos wegen werden die Länder mit der Wahl zwischen West und Ost, die ihrem Wesen nach fehlerhaft ist, konfrontiert, wobei die Beziehungen mit dem einen oder anderen ihrer Partner beeinträchtigt werden. Dabei sollte es in Wirklichkeit gar keine solche Wahl geben. Und die Partnerschaft der

beiden Integrationsvereinigungen sollte dies überzeugend veranschaulichen.

### **Welche Ideen haben Sie dafür konkret?**

Fürs Erste sollte man ein ständiges Format für den Dialog zwischen der EU und der EAWU schaffen. In dessen Rahmen könnte man die vorrangigen Interessen beider Seiten bestimmen, etwa die Gewährleistung der Kompatibilität von technischen Normen und Standards bei der Produktion von Industriegütern sowie sanitäre und phytosanitäre Normen für die Herstellung von landwirtschaftlichen Produkten zwecks Ausbaus des gegenseitigen Handels. Viele technische Regelwerke und Standards der EAWU werden bereits unter Berücksichtigung europäischer und internationaler Normen ausgearbeitet.

Es wäre für beide Seiten von Vorteil, die Zusammenarbeit im Zollbereich zu intensivieren, die Lieferbedingungen und die Frachtkontrollen zu vereinfachen. Die gemeinsame Entwicklung von Autobahnen und Eisenbahnstrecken von kontinentaler Bedeutung könnte zu einem der wichtigsten Schwerpunkte der Zusammenarbeit werden. Besonders aktuell ist die Verknüpfung von Verkehrsnetzen der EAWU, der EU und des von China initiierten Projektes Belt & Road (BRI). Ein großes Potential sehen wir auch bei der Schaffung von gemeinsamen Strommärkten und transkontinentalen Glasfasernetzen.

Man könnte auch über die Ausarbeitung abgestimmter „Verhaltensregeln“ im Bereich der Digitalisierung nachdenken, die zur Entwicklung des elektronischen Handels und anderer papierlosen Transaktionen zwischen den Ländern beider Verbünde beitragen sowie digitale Lösungen im Verkehrsbereich und bei Personalfahrten fördern würden. Als Teilnehmer der ÖP, der auch mit Armenien ein weiteres EAWU-Mitglied – sowie mit Moldau ein Land mit Beobachterstatus ange-

hören, erachtet Belarus es für möglich, das Format der ÖP für die Suche nach Lösungen von besonders aktuellen Problemen an der Nahtstelle der beiden Verbünde und nach Formen von deren Zusammenarbeit zu nutzen. Diese Aufgaben werden auf der Liste der Prioritäten des belarussischen EAWU-Vorsitzes im Jahre 2020 stehen.

### **Sie haben die BRI bereits erwähnt. Welche Rolle spielen China und die BRI für die belarussische Wirtschaft?**

Belarus war unter den Ersten, die die Initiative des chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping für den Bau einer „Neuen Seidenstraße“ unterstützt haben. Durch die Beteiligung an dieser Initiative werden für uns bereits jetzt wesentliche Erträge generiert. Das ist zum Beispiel die Verzehnfachung des Transportvolumens über Belarus auf der Strecke China – Europa – China seit 2014. Rasant entwickelt sich die Zusammenarbeit im Investitionsbereich. Seit 2013 gewährten chinesische Banken und die Regierung Kredithilfen in Höhe von 4,5 Milliarden US-Dollar. Der Anteil der chinesischen Direktinvestitionen hat sich 2018 im Vergleich zu 2017 mehr als verdoppelt und China ist zum ersten Mal der drittgrößte Direktinvestor in Belarus.

Wir sind mit Recht auf den von mir bereits erwähnten chinesisch-belarussischen Industriepark – eine Perle auf dem Wirtschaftsgürtel der Seidenstraße – stolz. Das ist der größte Industriepark, der von China je in der eurasischen Region errichtet wurde. Es ist bemerkenswert, dass die deutsche Duisburger Hafen AG, der weltweit größte Binnenhafen, im April 2018 zum Aktionär des Great-Stone-Industrieparks geworden ist.

---

Die Fragen stellte  
**Christian Himmighoffen**

# Konnektivität auf Wasser und Schiene

Der OAOEV war Mitte Oktober Mitorganisator einer Delegationsreise zum Thema Transport und Logistik nach Odessa. Die Stadt am Schwarzen Meer will nicht zuletzt von der wachsenden Bedeutung der Ukraine als maritimes Transitland profitieren.

Im Oktober organisierte das Deutsch-Ukrainische Forum (DUF) gemeinsam mit dem Ost-Ausschuss – Osteuropaverein (OAOEV) und der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer (AHK Ukraine) eine zweitägige Delegationsreise nach Odessa, um neue Geschäftsmöglichkeiten im Bereich Transport und Logistik für deutsche Unternehmen in der Region Odessa zu prüfen und bestehende Geschäftsbeziehungen weiterzuentwickeln. Die Unternehmerdelegation wurde von OAOEV-Geschäftsführerin Ute Kochlowski-Kadjaia, dem Vorsitzenden des DUF Rainer Lindner, und dem Vorstandsvorsitzenden der AHK Ukraine Alexander Markus geleitet.

Zu Beginn wurde die Delegation vom deutschen Honorarkonsul Olexander Kifak über die politischen Rahmenbedingungen in der Ukraine und in seinem Amtsbezirk informiert. Die wirtschaftliche Dynamik in der Region Odessa war einer der Gesprächsschwerpunkte mit Gebietsgouverneur Maksym Kutsyi, der erst kurz zuvor ins Amt berufen worden war. Gouverneur Kutsyi wurde von seiner Stellvertreterin Svitlana Shatalova begleitet, die im Gespräch vor allem die Bedeutung von Infrastrukturprojekten wie dem Flughafen, der Entwicklung von Industrieparks sowie der deutsch-ukrainischen Kooperation hervorhob.

## Wachsender Warenumsatz

Die wachsende Rolle der Ukraine als maritimes Transitland wurde im Gespräch mit dem Geschäftsführer der Staatlichen Behörde für Seehäfen Raivis Veckagans erörtert. Das zunehmende Frachtaufkommen über die 13 Seehäfen des Landes (weitere sechs befinden sich auf der annektierten Krim) sorgt für steigende Investitionen in neue Terminals für die Verschiffung von Agrargütern, den Ausbau der Hafeninfrastuktur und die Vertiefung von Hafenbecken. In den kommenden fünf Jahren könnten mindestens drei Milliarden US-Dollar in die Häfen investiert werden. Im ersten Quartal 2019 stieg der Warenumsatz aufgrund höherer Exporte von Getreide und Eisenerz um rund zwölf Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal. OAOEV-Geschäftsführerin Kochlowski-Kadjaia sagte zu, die Informationen über die neuen Investitionschancen in der ukrainischen Hafenwirtschaft interessierten deutschen Unternehmen zugänglich zu machen.

Die Besichtigung des Hafen-Terminals der Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA CTO) in Odessa war ein beeindruckendes Beispiel deutscher Investitionen und professionellen ukrainischen Managements. Insbesondere zeigten sich die Delegationsteil-

nehmer beeindruckt von der zunehmenden Auslastung des Hafens, dem wachsenden Anteil an Containerfrachten aus oder nach China sowie von Plänen zum weiteren Ausbau des Terminals. Philipp Sweens, der Sprecher des Arbeitskreises Ukraine im OAOEV, informierte als Präsident der HHLA CTO und Geschäftsführer der HHLA International Group gemeinsam mit seiner Kollegin Svitlana Jarova über aktuelle Projekte. Dem Thema der Logistikketten im Bereich des Handels stand im Zentrum des Treffens mit der Geschäftsführung eines Metro Cash&Carry Stores in Odessa. Hier wurde die Delegation unter anderem über die Organisationsstruktur von Metro Ukraine und Sonderthemen wie die Kühlketten für Frischware informiert.

## Rahmen für neue Projekte

Im abschließenden Gespräch mit dem Stellvertretenden Bürgermeister der Stadt Odessa Pavel Vugelman und den für internationale Zusammenarbeit zuständigen Kollegen der Stadtverwaltung wurde vor allem auf die neue Initiative „5T (Transport, Tourism, Trade, Technologies and Trust) Municipal Investment Projects“ hingewiesen, die einen Rahmen für neue Projekte und Investitionen bietet. Sie richtet sich nicht zuletzt an ausländische Investoren. Die Stadt präsentierte 40 Projekte mit einem Investitionsvolumen von 190 Millionen Euro, die in den letzten vier Jahren realisiert wurden. Weitere Projekte sind in Planung. Die Unternehmerreise fand ein breites Presseecho in der Ukraine. Es war nach den Besuchen in Dnipro und Kryvyi Rih im Jahr 2018 bereits die zweite Unternehmensdelegation, die das Deutsch-Ukrainische Forum gemeinsam mit dem OAOEV organisierte. Die Delegationspartner vereinbarten, auch im Jahr 2020 eine Unternehmerreise durchzuführen.



Der Containerumsatz im Hafen Odessa wächst.

OAOEV/DUF/AHK Ukraine



# Appell für eine „neue Ukraine“

Präsident Wolodymyr Selenskyj und die neue Regierung haben internationale Unternehmen und Investoren Ende Oktober zur Teilnahme an der ersten Investitionskonferenz in Mariupol eingeladen. Philipp Sweens, Sprecher des Arbeitskreises Ukraine im OAOEV, war dabei.



## Philipp Sweens

Geschäftsführer HHLA International GmbH und Sprecher des Arbeitskreises Ukraine im OAOEV

Eine internationale Konferenz in einer Stadt nahe der Front zu organisieren, ohne einen Flughafen und mit bis vor kurzem schlechter Anbindung an den Rest der Ukraine, war eine große Herausforderung. Dennoch folgten mehr als 700 Teilnehmer aus 20 Ländern der Einladung. Parallel zur Vorbereitung der Konferenz wurde in Rekordzeit eine neue Straße von rund 200 Kilometern Länge gebaut, die zur Konferenz fertig war. Allein das war schon ein großer Erfolg.

Hauptziel der Konferenz war es, die Teilnehmer über die Pläne der neuen Regierung für ausländische Direktinvestitionen (FDI) in der Ukraine und die Maßnahmen zur Erreichung ihrer ehrgeizigen Ziele zu informieren. Die meisten Minister waren auf der Konferenz anwesend, ebenso wie hochrangige Delegationen internationaler Finanzinstitutionen und Investoren.

## Ehrgeizige Ziele

Präsident Selenskyj eröffnete die Konferenz mit einem starken Appell an die Investoren,

an eine „neue Ukraine“ zu glauben, und verkündete das ehrgeizige Ziel, in den kommenden fünf Jahren mehr als 50 Milliarden US-Dollar an ausländischen Direktinvestitionen anzuziehen. Dies würde gegenüber den letzten Jahren eine Verdreifachung bedeuten. Mehrere hochrangige Vertreter internationaler Finanzinstitutionen bezeichneten dies als ehrgeiziges, aber dennoch realistisches Ziel.

## Bekennnis zum Investitionsschutz

Im Laufe des Konferenztages fanden neben vielen formellen und informellen bilateralen Treffen mehrere Podiumsdiskussionen statt, um Erfolgsgeschichten darzustellen und zu erklären, wie die Regierung das Investitionsziel erreichen will. Dazu gehören insbesondere das Reformprogramm, beginnend mit der bereits eingeleiteten Landreform, einem bedeutenden Privatisierungsprogramm mit dem Ziel, über 1.000 staatliche Unternehmen unter der Führung des State Property Fund zu verkaufen, sowie eine aktive Vergabe von Konzessionen, insbesondere im Infrastrukturbereich.

Erste konkrete Maßnahmen hat die Regierung bereits eingeleitet. So sollen die Ausschreibungen für den Betrieb der Häfen Cherson und Olvia bereits bis Ende 2019 abgeschlossen sein. Parallel dazu wurden mehrere Vereinbarungen in den Bereichen Infrastruktur, Telekommunikation und Energie mit einem Gesamtwert von rund einer Milliarde US-Dollar unterzeichnet. Auch die aktuellen Fragen der unzureichenden Rechtsstaatlichkeit und der Korruption wurden offen angesprochen. Die Regierung legte dabei ein klares Bekenntnis zum Investitionsschutz ab.

Insgesamt zeigte diese erste Investitionskonferenz das Engagement der neuen Regierung, alle erforderlichen Anstrengungen zu unternehmen, um das Image der Ukraine gegenüber ausländischen Investitionen zu verändern und die notwendigen Schritte zu unternehmen, um den Erfolg sicherzustellen. Abschließend kann man die Worte des neuen Präsidenten nur unterstreichen: „Die Ukraine ist ein Land der Möglichkeiten, das jetzt an Ihre Tür klopft.“ Wir sollten die sich bietenden Chancen jetzt ergreifen.



Präsident Selenskyj eröffnete die Konferenz in Mariupol.

# „Kommunale Wärmewende“

In der Ukraine vollzieht sich ein langjähriger Prozess der politischen und wirtschaftlichen Transformation, der auch die Bereiche Energieversorgung und -effizienz sowie Stadtentwicklung umfasst.

Vor einer besonderen Herausforderung steht in der Ukraine der kommunale Wärmebereich: Seit den 1990er-Jahren hat sich hier kaum etwas verändert. Veraltete Produktionsanlagen und Leitungen, enorme Netzverluste und eine generelle Instabilität des Netzes, Energieverluste in Gebäuden und mangelnde kommunale Stadtplanung führen zu einer niedrigen Energieeffizienz. Die im September 2017 verabschiedete „Energiestrategie der Ukraine bis 2035: Sicherheit, Energieeffizienz, Wettbewerbsfähigkeit“ beschreibt die geringe Effizienz der heutigen Energieinfrastruktur und setzt Zielwerte für deren Erhöhung, ohne die substanzielle Abhängigkeit von importierten fossilen Rohstoffen zu beseitigen.

Die in dem „Nationalen Energieeffizienz-Aktionsplan 2020“ festgesetzten Ziele enthalten eine Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien am Energieendverbrauch. Im Jahr 2018 wurden in der Ukraine bereits 22,5 Prozent der Wärme aus erneuerbaren Energien und alternativen Kraftstoffen erzeugt. 2017 betrug der Anteil noch 19,4 Prozent.

## Gas spielt weiter wichtige Rolle

Trotz dieser positiven Entwicklung im Bereich erneuerbarer Energien, spielt Gas in der Wärmeherzeugung weiterhin eine zentrale Rolle. Nach Angaben des Naftogaz-Jahresberichts für 2018 wurden etwa 48 Prozent des Erdgases entweder von

Fernwärmeanbietern oder direkt in privaten Haushalten mit eigenen Heizanlagen genutzt. Mit dem Ziel, die kommunale Wärmewende durch die Entwicklung neuer Strategien und Policy-Empfehlungen in der Ukraine zu unterstützen, realisiert die dena seit September 2019 das Projekt „Ukraine: kommunale Wärmewende“.

Primäres Ziel ist es, die Wärmeherzeugung durch Effizienzmaßnahmen und Einführung neuer Modelle grundlegend zu erneuern. Einen weiteren Schwerpunkt bilden die nachhaltige Stadtentwicklung und eine strukturierte Kooperation zwischen Städten: Hier ist die Anwendung des Energie- und Klimamanagementsystems der dena (EKM) in zwei ukrainischen Kommunen vorgesehen.

## Förderung der Energiewende in ukrainischen Städten

2010 haben sich viele europäische Städte verpflichtet, ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen zu senken, und sich dem Konvent der Bürgermeister für Klima und Energie angeschlossen, den die Europäische Kommission ins Leben gerufen hat. Eine der ersten ukrainischen Städte, die sich Ende 2008 dem Konvent anschloss, war Kamjanez-Podilskyj. Das Wärmeversorgungsunternehmen der Stadt mit etwa 100.000 Einwohnern erzeugt bereits 20 Prozent seiner Wärme aus Biomasse. Weitere ukrainische Städte haben

große Fortschritte bei der Umsetzung der Energieeffizienz und der Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen erzielt.

Erneuerbare Energien auf kommunaler Ebene haben in der Ukraine großes Potenzial: Es gibt bereits Schulen, Krankenhäuser und andere soziale Einrichtungen, die auf kommunale Wärmeversorgung setzen und eigene Biomassekessel installieren. Solche Einrichtungen sind auch die häufigsten Kunden für private Wärmelieferanten, die Biomasse einsetzen.

Durch den Austausch ukrainischer und deutscher Städte können Ansätze der kommunalen Energiewende in der Ukraine gezielt weiterentwickelt werden. Für die Vermittlung deutscher Erfahrungen findet im November im Rahmen des Projektes eine Studienreise nach Deutschland für Vertreter aus zehn großen bis mittelgroßen ukrainischen Städte statt.

Für eine konzeptbasierte und langfristig angelegte Stadtentwicklung hat die dena für Deutschland das dena-Energie- und Klimaschutzmanagementsystem (dena-EKM) erarbeitet, das derzeit von 50 Kommunen angewendet wird. Inzwischen ist das System auch in China, Kasachstan und in Russland in mehreren Städten zur Anwendung gekommen. In der Ukraine soll es im Rahmen des Projektes „Ukraine: kommunale Wärmewende“ zum einen in Kiew angewendet werden, um am Beispiel einer Großstadt eine Leuchtturm-Wirkung zu erzielen, zum anderen in einer weiteren Stadt in der Ost-Ukraine, wodurch der Vergleich mit der Umsetzung in einer kleineren Kommune ermöglicht werden soll. EKM soll in den Kommunen genutzt werden, um Energieeffizienzmaßnahmen zu identifizieren, zu initiieren und erfolgreich umzusetzen

## Olha Zhuk

Projektassistentin Energieeffiziente Gebäude  
Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena)



Ukrainische Städte wie Lwiw müssen energieeffizienter werden.

# Mario Mehren startet als neuer Sprecher des OAOEV-Arbeitskreises Russland

Mario Mehren, CEO von Wintershall DEA, ist neuer Sprecher des OAOEV-Arbeitskreises Russland. Am 1. November fand die erste Sitzung unter seiner Leitung in Berlin statt.



Anfang November leitete Mehren (Mitte) erstmals die Sitzung des AK Russland.

Der Vorstandsvorsitzende des Erdgas- und Erdölunternehmens Wintershall Dea Mario Mehren ist neuer Sprecher des Arbeitskreises Russland beim Ostausschuss – Osteuropaverein (OAOEV). Am 1. November leitete Mehren in dieser Position erstmals die Sitzung des Arbeitskreises in Berlin und engagiert sich damit verstärkt für die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit Russland: „Wir müssen Themen identifizieren, in denen wir Fortschritte erreichen können. Dort, wo die jeweiligen Positionen nicht so weit auseinander liegen, sollten wir aufeinander zugehen. Hier kann die Energiekooperation ein gutes Beispiel sein.“

## Russland weiter wichtiger Partner

Mit einem Gesamthandelsvolumen in Höhe von rund 62 Milliarden Euro im Jahr 2018 zählt Russland weiterhin zu den großen Handelspartnern Deutschlands. Die aktuellen Zahlen bleiben aber deutlich hinter dem Spitzenwert von 80 Milliarden Euro aus dem Jahr 2012 zurück. 2019 ist mit einem weiteren Rückgang des Handelsvolumens zu rechnen: In den ersten acht Monaten lagen die deutschen Importe aus Russland rund zehn Prozent im Minus, die deutschen

Exporte stiegen leicht um 2,2 Prozent. Zu den Gründen für das schwache Wachstum gehören eine aktuell fehlende Modernisierungsdynamik in Russland, der schwach ausgeprägte Mittelstand, der weiterhin bestehende Nachholbedarf bei der Bekämpfung von Korruption und nicht zuletzt die Belastungen durch die gegenseitigen Wirtschaftssanktionen.

Die angespannten Beziehungen zwischen Moskau und Brüssel sind für Mehren ein Ansporn, mit dem Arbeitskreis neue Anstöße für einen Dialog zu geben. So schlägt er die Wiederaufnahme des seit 2014 von der EU ausgesetzten Energiedialogs mit Russland vor: „Es liegt in unserem Interesse als Deutsche und als Europäer, den Energiedialog wieder aufzunehmen. Die Energiekooperation ist ein bewährter Wegbereiter für eine Annäherung mit Moskau“, so Mehren. Der Energiedialog fand 2001 erstmalig statt und bot einen vertrauensvollen Rahmen für Fragen der Energieversorgungssicherheit der EU, des Energietransports und möglicher Umweltfolgen.

## Positive Vision

Im Frühjahr 2019 hatte der OAOEV ein umfassendes Positionspapier vorgelegt, das 15

Arbeitsfelder definiert, auf denen trotz bestehender Sanktionen intensivere Kooperationen zwischen deutschen und russischen Unternehmen möglich sind. „Es geht uns um eine positive Vision, denn es gibt viele Felder, in denen wir mit Russland bereits äußerst erfolgreich kooperieren und noch viel mehr erreichen können“, betont Oliver Hermes, Vorsitzender des OAOEV. Dazu gehörten die Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung, die Digitalisierung der Wirtschaft, Kooperationen zur Steigerung der Erträge in der Landwirtschaft oder gemeinsame Raumfahrtprojekte.

„Wir müssen den Herausforderungen der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen ganzheitlich begegnen“, so Hermes. „Dazu zählt ganz wesentlich die Arbeit an einer richtungsweisenden Vision: dem gemeinsamen Wirtschaftsraum von Lissabon bis Wladiwostok, und damit der Zusammenarbeit zwischen EU und Eurasischer Wirtschaftsunion.“

Zu den weiteren Themen, die der Arbeitskreis in seiner Herbst-Sitzung diskutierte, gehörten die deutsch-russischen Energiebeziehungen und die Lokalisierungs politik der russischen Regierung, die unter dem Eindruck der Wirtschaftssanktionen stark forciert worden ist. Dadurch sind deutsche Unternehmen verstärkt gezwungen, Produktion im Land zu lokalisieren, um mit einheimischen Unternehmen etwa bei Ausschreibungen noch konkurrieren zu können.

Dem OAOEV-Arbeitskreis Russland gehören rund 50 Unternehmen an. Zu den Gesprächspartnern der Herbst-Sitzung zählen auch Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums und des Auswärtigen Amtes.

**Andreas Metz**

Leiter Presse und Kommunikation im OAOEV



# Georgien als regionales Sprungbrett

Andreas Räschmeier, Sprecher des Arbeitskreises Südkaukasus im OAOEV, besuchte Anfang Oktober mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und einer Wirtschaftsdelegation Georgien. Im Interview mit den OEI berichtet er über seine Eindrücke von der Reise.



Andreas Räschmeier  
CEO, Veridos

## Sie haben Anfang Oktober mit Bundespräsident Steinmeier und einer Wirtschaftsdelegation Georgien besucht. Was waren die Schwerpunkte der Reise?

Es war meine erste Reise mit dem Bundespräsidenten. Ich war beeindruckt ob des sehr dichten Programms, das er gemeinsam mit uns als Wirtschaftsdelegation absolvierte. Mit der Ministerin für Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung Natela Turnava tauschten wir uns unter anderem zu den Entwicklungsperspektiven verschiedener Branchen aus – von Logistik über Tourismus bis hin zum Dienstleistungssektor. Gemeinsam mit georgischen Wirtschaftsvertretern konnten wir das Themenfeld anschließend vertiefen und konkrete Investitionsbedingungen ansprechen.

## Gibt es konkrete Ergebnisse?

Thematisch interessant war, dass sich das Thema duale Ausbildung als besondere Stärke deutscher – auch kleinerer – Unternehmen wie ein roter Faden durch alle Gespräche zog. Insgesamt haben wir festge-

halten, den beidseitigen Austausch zu vertiefen und uns für das kommende Jahr auf eine Wirtschaftsdelegation aus Georgien zu freuen.

## Georgien ist ein relativ kleiner Markt. Was macht das Land für deutsche Unternehmen attraktiv?

Einerseits ein kleiner Markt, das ist richtig – die Einwohnerzahl von ganz Georgien entspricht etwa derjenigen der deutschen Hauptstadt. Andererseits habe ich während der Reise immer wieder in Einzelgesprächen feststellen können, wie hoch motiviert und engagiert die neue Generation georgischer Unternehmensführer ist.

Deutschland ist nicht nur als Exporteur, sondern als echter Kooperationspartner für viele Georgier sehr positiv konnotiert und seine Innovationskraft hoch geschätzt: Ein interessanter Kontrast zu der zuweilen zu selbstkritischen Einschätzung, mit der wir die Leistungsfähigkeit der deutschen Unternehmen hier bei uns bewerten. Und natürlich auch ein Ansporn, mit noch mehr Optimismus und Zuversicht ins Geschäft zu gehen und unsere Trümpfe ins Spiel zu bringen - denken Sie an Stichworte wie Prozessautomatisierung oder Industrie 4.0.

## Georgien gilt als Reformvorreiter in der Region. Wie ist Ihre Einschätzung bezüglich des unternehmerischen Umfelds?

Grundsätzlich befindet sich Georgien auf dem richtigen Weg. In den maßgeblichen Indizes zur unternehmerischen und wirtschaftlichen Freiheit - etwa von der Weltbank - rangiert Georgien weit oben. Das Wirtschaftswachstum ist stabil, die Verschuldung überschaubar und der investive Nachholbedarf hoch. Klar ist aber auch, dass der kleine georgische Markt allein nur

begrenzt absorptionsfähig ist. Die Chance besteht eher darin, größer zu denken und Georgien als ein regionales Sprungbrett zu verstehen. Wir verfolgen im Ostausschuss - Osteuropaverein (OAOEV) diese Entwicklung sehr eng und begleiten deutsche Unternehmen bei ihrem Engagement.

## Sie sind Sprecher des AK Südkaukasus im OAOEV. Wie beurteilen Sie die wirtschaftliche Entwicklung der Region insgesamt?

Nach einem regional teils zähen Wachstum in den letzten Jahre scheint es jetzt in der Region aufwärts zu gehen. In Armenien werden sechs Prozent Wirtschaftswachstum erwartet, in Georgien 4,5 Prozent; in Aserbaidschan geht es mit knapp drei Prozent schleppender voran. Wir glauben, dass traditionelle Stärken der deutschen Wirtschaft in der Region gut ausgespielt werden können. Investitionsbedarf besteht im Maschinen- und Anlagenbau genauso wie im produzierenden Gewerbe oder der Landwirtschaft.

Meines Erachtens sollte ein noch stärkerer Fokus auf nachhaltigem Wirtschaftswachstum liegen, das heißt auf Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur, im Aufbau von Wertschöpfungs- und Lieferketten in der Region und einem fairen und ungehinderten Wettbewerb. Könnten darüber hinaus noch die politischen Spannungen in der Region abgebaut werden, würden die Südkaukasus-Länder noch mehr an Attraktivität für die Wirtschaft gewinnen.

Die Fragen stellte  
Christian Himmighoffen

# Innovationsschub aus dem (Süd-)Osten

Ein Side Event von Ost-Ausschuss – Osteuropaver eins (OAOEV) und NRW.Invest auf der Smart Country Convention in Berlin präsentierte Ende Oktober innovative und smarte Lösungen insbesondere für die Stadt von morgen.

Ende Oktober fand die Smart Country Convention (SCC), ein internationaler Treffpunkt und Austauschplattform für etablierte Marktführer, junge Unternehmen sowie Vertreter von Städten und Kommunen in Berlin statt. Im Mittelpunkt stand die Digitalisierung des öffentlichen Sektors, die die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung im städtischen und ländlichen Raum schafft. Litauen war Partnerland der SCC mit über 12.700 Besuchern und 150 Ausstellern, die der IT-Branchenverband Bitkom und die Messe Berlin gemeinsam veranstalteten.

## Smarte Lösungen

Im Rahmen eines „Official Side Events“ war auch der Ost-Ausschuss – Osteuropaver ein (OAOEV) dabei, der als große Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft das Augenmerk auf das Kooperations- und Innovationspotenzial in Osteuropa richtete. Die Workshop-Veranstaltung in Zusammenarbeit mit NRW.Invest präsentierte smarte Lösungen in den Bereichen urbane Infrastruktur und transparente Verwaltung aus Osteuropa sowie B2C- und B2G-Projekte in den Smart Cities des Ostens. Das interaktive Format mit Keynotes und kurzen Pitches half dabei, Unternehmen und Start-Ups aus Deutschland und den OAOEV-Ländern zu vernetzen.

Den inhaltlichen Teil eröffnete Hans-Werner Winterhoff, Global Head KPMG Innovation Services. Auf Grundlage eines multidimensionalen Smart-City-Konzepts stellte Winterhoff exemplarisch Dimensionen vor, die für die Entwicklung der digitalen Städte der Zukunft eine besondere Rolle spielen, wie „Network“, „Data Management & Analytics“ und „Customer Touchpoints“, die Schnittstellen zwischen Unternehmen und Kunden darstellen. Für die Implementierung von smarten Lösungen und Innovationen sei es besonders wichtig, in „Ökosystemen“ von Unternehmen, öffentlichem Sektor, Start-



Litauens Außenminister Linkevičius bei der Eröffnung der Smart Country Convention 2019

Ups, Finanzinstituten und Forschung zu denken und zu handeln.

## Start-Up-Preis für die Kreislaufwirtschaft

Der „Green Alley Award“ ist der erste und einzige Start-Up-Preis für die Kreislaufwirtschaft in Europa. Er wurde im Jahr 2014 von der Landbell Group ins Leben gerufen. Jürgen Fuchs, Global Key Account Manager bei Landbell in Deutschland, berichtete über den Erfolg der letzten fünf Jahre, die kreativen Geschäftsmodelle im Bereich digitale Kreislaufwirtschaft, Recycling und Abfallvermeidung. 274 Bewerber aus 50 Ländern nahmen am diesjährigen Wettbewerb teil, bei dem Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit zusammengehören. Der Gewinner für 2019 ist Gelatex, ein estnisches Start-up, das Leder aus Gelatine-Restprodukten herstellt.

Den Impulsvorträgen folgte eine spannende Pitch-Runde. Unter den Stichworten Transparenz, Verfügbarkeit und Bürgerkontrolle stellte der russische Softwareentwickler Altarix zwei seiner erfolgreichsten Produkte, die Plattform für elektronische Referenden und die Anwendung „Active Citizen“ mit mehr als 2,5 Millionen Nutzern vor. Theore-

mus aus Sofia – ein Unternehmen aus dem Bereich „Sustainable Urban Analytics Unternehmen“ setzt sich mit den Herausforderungen des urbanen Raums auseinander und bietet Lösungen unter anderem im Bereich Abfallentsorgung an.

## Vorurteilsfreier Ansatz

Auch die E-Mobilität ist derzeit in aller Munde. Die Firma Samocat aus Russland entwickelte ein E-Scooter-System mit festen Stationen, das mit mehr als 5.000 Tretrollern unter anderem auf dem finnischen Markt erfolgreich ist. Zum Abschluss fasste Armin Philippen die Chancen und Möglichkeiten zusammen, die Osteuropa deutschen Unternehmen, vor allem dem Mittelstand, bieten kann. Philippen, Territory Director DACH bei Droxix und großer Bulgarien-Fan, setzte sich für einen vorurteilsfreien Ansatz in der Zusammenarbeit mit osteuropäischen Unternehmen ein und pries das gut entwickelte „digitale Ökosystem“ in Sofia.

### Petya Hristova

Leiterin des AK Urbane Infrastruktur und Energieeffizienz im OAOEV

# EU will Partnerschaft mit Zentralasien stärken

Um die praktische Umsetzung der neuen EU-Zentralasien-Strategie ging es Anfang Oktober anlässlich der 27. Sitzung des Berliner Eurasischen Klubs (BEK) in Brüssel. Erstmals nahm auch ein Minister der Eurasischen Wirtschaftskommission am BEK teil.

Moderator Michael Harms, Vorsitzender der OAOEV-Geschäftsführung, konnte ein hochkarätiges Teilnehmerfeld begrüßen. Neben dem stellvertretenden kasachischen Außenminister Yermek Kosherbajev und dem EU-Sondergesandten für Zentralasien Peter Burian nahm mit Timur Zhaksylykov erstmals auch ein Minister der Eurasischen Wirtschaftskommission am BEK teil. Zudem waren zahlreiche Botschafter zentralasiatischer Staaten in Brüssel und Vertreter der EU-Generaldirektion für Internationale Kooperation und Entwicklung (DG DEVCO) unter den rund 40 Zuhörern vertreten.

## Praxistest für zwei EU-Strategien

Nach Ausarbeitung zwei neuer EU-Strategien für Konnektivität und Zentralasien in den vergangenen zwei Jahren steht der Praxistest für die beiden Konzepte bevor, wobei die Zahl der geförderten Maßnahmen noch stark von der Ausgestaltung des künftigen EU-Budgets für die Jahre 2021 bis 2027 unter der neuen EU-Kommission abhängt. Dennoch versicherten die anwesenden EU-Vertreter, dass sie nun bald Nägel mit Köpfen machen und Projekte fördern wollen. Geld sei etwa über die Osteuropabank EBRD oder die Europäische Investitionsbank reichlich vorhanden, die Vorhaben müssten aber nachhaltig und wirtschaftlich sein.

Generell, so betonte Peter Burian, trete die EU in der Region nicht als Wettbewerber von Großmächten wie China auf, sondern wolle partnerschaftlich im engen Austausch mit den Ländern Zentralasiens nachhaltige Konnektivitätsprojekte fördern, um die Beziehungen mit und innerhalb der Region zu verbessern und die Voraussetzungen für größeres Wachstum zu schaffen. Ziel sei es, die Staaten in Zentralasien wirtschaftlich erfolgreicher und damit stabiler zu machen. Schwerpunkte lägen unter anderem auf der

Förderung des Mittelstands, der Verbesserung kommunaler Dienstleistungen, der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und des Umwelt- und Klimaschutzes.

## Fenster nach Zentralasien

Dass es von Seiten der angesprochenen zentralasiatischen Staaten nicht nur allgemeine Wünsche, sondern auch konkrete Vorschläge für Kooperationen gibt, bewiesen deren zahlreiche Wortmeldungen während der dreistündigen Konferenz. So stellte die kasachische Botschafterin in Belgien und der EU, Aigul Kuspan, gleich eine ganze Roadmap zur Intensivierung der Zusammenarbeit vor. Dazu gehört die Idee, die Inhalte der EU-Zentralasien-Strategie durch Workshops in den verschiedenen Hauptstädten der Region intensiv zu vermitteln, damit man dort die Instrumente besser versteht und Vorschläge entlang der Bedürfnisse der EU entwickeln könne. Außerdem solle über ein Online-Portal eine Art Fenster nach Zentralasien für westliche Investoren geöffnet werden, auf dem aktuelle Veranstaltungen, Projekte und Förderungsmöglichkeiten transparent veröffentlicht werden könnten. Sehr konkret sind bereits die Planungen für das erste EU-Zentralasien-Wirtschaftsforum 2020: Die Pilotveranstaltung soll im ersten Halbjahr in der kirgisischen

Hauptstadt Bischkek stattfinden und dann regelmäßig einmal im Jahr Unternehmen aus der EU und Zentralasien miteinander ins Gespräch bringen.

## Gemeinsame Standards setzen

Ein Ergebnis der lebhaften Diskussion war die Forderung von Seiten der Wirtschaft an die EU-Vertreter, nicht nur bilateral mit den zentralasiatischen Staaten über Kooperationen zu sprechen, sondern auch die Beziehungen mit der Eurasischen Wirtschaftskommission, die fünf Länder vertritt, zu intensivieren. Gemeinsam könnten EU und EAWU Standards ausarbeiten und sich so einen Wettbewerbsvorteil gegenüber China erhalten, anstatt bei der immer stärkeren Durchsetzung chinesischer Standards zuzusehen.

Organisiert wurde das Treffen gemeinsam vom Ost-Ausschuss – Osteuropaverein (OAOEV) in Zusammenarbeit mit der kasachischen Botschaft in Berlin. Die nächste BEK-Auflage ist bereits für Anfang Dezember in Berlin geplant. Dann wird der neue kasachische Staatspräsidenten Kassym-Schomart Tokajew teilnehmen.

## Andreas Metz

Leiter Presse und Kommunikation im OAOEV



Der EU-Sondergesandte Burian (li.) und Vize-Außenminister Kosherbajev (2.v.li.) gehörten zu den hochkarätigen Gästen, die OAOEV-Geschäftsführer Harms (Mitte) beim BEK begrüßen konnte.



# Stippvisite im Südosten

Bundesminister Altmaier besuchte im Oktober Kroatien, Montenegro und Serbien. Begleitet wurde er von einer Wirtschaftsdelegation, an der auch der Ost-Ausschuss – Osteuropaverein (OAOEV) beteiligt war.

Vom 20. bis 22. Oktober reiste Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier nach Kroatien, Montenegro und Serbien. Begleitet wurde der Minister von einer Wirtschaftsdelegation, in der auch der Ost-Ausschuss – Osteuropaverein (OAOEV) vertreten war, unter anderem durch Philipp Haußmann, Vorstandsmitglied des OAOEV und Sprecher des Vorstands der Klett AG. Im Mittelpunkt der Gespräche mit Regierungsvertretern der drei südosteuropäischen Länder standen der Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und das Thema Fachkräftesicherung.

## Kroatien: Solides Fundament

In Kroatien traf Altmaier unter anderem mit Premierminister Andrej Plenkovic und Wirtschaftsminister Darko Horvat zusammen. In beiden Gesprächen hatten die Unternehmensvertreter die Gelegenheit, aktuelle Projekte vorzustellen. Die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, so der Tenor, stehen auf einem soliden Fundament. Seit dem EU-Beitritt des Landes im Jahr 2013 hat sich das deutsch-kroatische Handelsvolumen verdoppelt und erreichte 2018 mit 5,3 Milliarden Euro einen neuen Rekordwert.

Am Nachmittag des 20. Oktober eröffnete der Bundeswirtschaftsminister gemeinsam mit seinem kroatischen Kollegen das deutsch-kroatische Wirtschaftsforum. Eine der Podiumsdiskussionen befasste sich mit dem Einfluss der Digitalisierung auf die Entwicklung der kroatischen Wirtschaft. Dieses Thema wurde am Abend wieder aufgegriffen, als Minister Altmaier mit vier Unternehmerinnen, den Geschäftsführerinnen der kroatischen Ableger von Siemens, Bosch, SAP und Nokia zusammentraf, um sich zur Rolle der Frauen in der kroatischen Wirtschaft, zu Digitalisierung und Industrie 4.0 auszutauschen.



Minister Altmaier (Mitte) und OAOEV-Vorstand Haußmann (re.) mit Alumni des Stipendienprogramms in Belgrad.

## Montenegro: Kontinuierlicher Dialog

Am folgenden Morgen reiste die Delegation nach Montenegro weiter, wo Altmaier mit Premierminister Dusko Markovic zusammentraf und im Gespräch mit der Delegation ein Austausch über die aktuellen Herausforderungen der deutsch-montenegrinischen Wirtschaftszusammenarbeit stattfand. OAOEV-Vorstand Haußmann erinnerte dabei an den Delegationsbesuch des OAOEV im März und unterstrich das Interesse an einem kontinuierlichen Dialog mit der Regierung und der fruchtbaren Zusammenarbeit mit der montenegrinischen Wirtschaftskammer, die der OAOEV auch im kommenden Jahr fortsetzen wird. Der bilaterale Handel belief sich 2018 auf 144 Millionen, was ein Wachstum von mehr als 19 Prozent gegenüber dem Vorjahr bedeutete.

## Serbien: Runder Tisch mit Vucic

Am Mittag reiste der Bundeswirtschaftsminister weiter nach Belgrad. Dort begann das Programm mit einem Besuch des Unternehmens ZF Friedrichshafen, das in der Nähe von Belgrad investiert hat. Anschließend ging es für die Delegation weiter zu Gesprächen in der Palata Srbije. Für die Wirtschaftsdelegation hatte die Deutsch-Serbische Wirtschaftskammer dort ein Business Briefing organisiert.

Einen aktuellen Überblick zur politischen Situation in Serbien lieferte die stellvertretende deutsche Botschafterin Dorothea Gieselmann. Der Präsident der Deutsch-Serbischen Wirtschaftskammer (AHK Serbien) Ronald Seeliger gab einen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und über die Erfahrungen deutscher Investoren in Serbien. Repräsentanten der serbischen Wirtschaftskammer ergänzten das Lagebild um einen Überblick zu spezifischen Themen und Branchen. Im Anschluss kamen deutsche und serbische Unternehmen zu einem Rundtischgespräch zusammen, das von Altmaier und dem serbischen Präsidenten Aleksandar Vucic eröffnet wurde.

Zum Abschluss traf der Bundeswirtschaftsminister in Belgrad zu einem Gespräch mit ehemaligen Stipendiaten des Zoran Djindjic Stipendienprogramms der Deutschen Wirtschaft für die Länder des Westlichen Balkans zusammen, das der OAOEV seit 2003 in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH in Kooperation mit der Zoran Djindjic Stiftung in Belgrad durchführt.

## Anja Quiring

Regionaldirektorin Südosteuropa im OAOEV

# Belastbares Netzwerk

Anfang Oktober trafen sich zum zwölften Mal junge Führungskräfte aus Deutschland und Russland in Baden-Baden, um über aktuelle wirtschaftliche und politische Fragen zu diskutieren. Dieses Jahr standen digitale Themen im Mittelpunkt.



Die Teilnehmer der zwölften Deutsch-Russischen Gespräche in Baden-Baden.

Die Deutsch-Russischen Gespräche dienen traditionell als Plattform, auf der sich junge Manager über aktuelle wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Themen austauschen können. In diesem Jahr stand das Treffen unter dem Motto „Digitalization and Artificial Intelligence: Shaping the Future of our Societies“.

Vom 6. bis 10. Oktober trafen sich 30 junge Führungskräfte aus Deutschland und Russland zur 12. Ausgabe des Intensivseminars, das wieder vom Ost-Ausschuss – Osteuropaverein (OAOEV) zusammen mit der BMW Stiftung Herbert Quandt veranstaltet wurde.

Die Teilnehmer diskutierten über die Chancen, aber auch die Risiken und Herausforderungen, die Entwicklungen wie die digitale Transformation, Industrie 4.0 oder künstliche Intelligenz mit sich bringen. Dabei spielte die Frage, wie Führungskräfte diese Herausforderungen verantwortungsvoll meistern können, eine zentrale Rolle.

## Digitaler Humanismus

Zu den Highlights des Seminars gehörte die Keynote zum Thema „Digital Humanism“

des Philosophen und ehemaligen Kultur-Staatsministers Julian Nida-Rümelin am Eröffnungsabend. Dank dieses Vortrags und der anschließenden Diskussion konnten sich die Teilnehmer mit dem hochkomplexen Verhältnis zwischen Mensch und softwaregesteuerter Maschine vertraut machen. Der Vortrag diente zudem als gute Grundlage für die Diskussionen der folgenden Tage, die sich um die vielfältigen Auswirkungen der technologischen Revolution wie Datensicherheit, die Zukunft des Arbeitsmarktes im digitalen Zeitalter oder autonomes Fahren drehten. Um das Thema „Digitalisierung und Künstliche Intelligenz“ für die Teilnehmer greifbar zu machen, fanden im Rahmen des Seminars zudem ein Workshop sowie eine Exkursion zur Konzernzentrale des deutschen Softwareherstellers SAP statt.

Daneben gab es auch eine Diskussion über die Zukunft der deutsch-russischen politischen Beziehungen, die vom Vorsitzenden der Geschäftsführung des OAOEV Michael Harms geleitet wurde. Dabei wurde insbesondere darüber debattiert, ob die gute wirtschaftliche Zusammenarbeit auch zu einer Verbesserung der politischen Beziehungen beitragen kann. Die Teilnehmer des Semi-

nars, die sowohl deutsche als auch russische Unternehmen vertraten, zeigten jedenfalls eine große Bereitschaft, ihren Beitrag zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen zu leisten.

## Alumni-Netzwerk wächst weiter

Neben zahlreichen Vorträgen erwartete die Teilnehmer ein spannendes Rahmenprogramm. Hervorzuheben ist das schon traditionelle „Networking in Nature“, das unter anderem dazu dienen soll, die persönlichen Beziehungen zwischen den Teilnehmern auszubauen, um damit ein belastbares Netzwerk zu schaffen. Die diesjährigen Teilnehmer gehören nun zum umfangreichen Alumninetzwerk und können sich bereits auf das nächste Alumni-Treffen im Sommer freuen.

Iryna Hennig

Ost-Ausschuss-Osteuropaverein

# OAOEV in Kürze

## Healthcare Symposium diskutierte Lösungen im Gesundheitswesen

Zum zweiten Mal fand am 25. Oktober das „German-East European Healthcare Symposium“ statt, bei dem in diesem Jahr die Entwicklungen im Gesundheitssektor in Zentralasien im Mittelpunkt standen. Rund 120 Teilnehmer nutzten die Gelegenheit, sich in der Landesvertretung Hamburg in Berlin über eine Branche zu informieren, die angesichts des immensen Nachholbedarfs in Zentralasien solide Wachstumsaussichten verspricht. Der usbekische Gesundheitsminister Alisher Shadmanov informierte über die Entwicklung des Gesundheitswesens in seinem Land und die großen Fortschritte, die insbesondere auch durch die Anwendung westlicher Technologien ermöglicht wurden.

## OAOEV-Geschäftsführer beim Forum in Verona

OAOEV-Geschäftsführer Michael Harms nahm Ende Oktober am 12. Eurasian Economic Forum in Verona teil. Thema des hochrangig besetzten Forums, das von Roscongress veranstaltet wurde, war die Zusammenarbeit im Eurasischen Raum. Gemeinsam mit Rosneft-Chef Igor Setschin, Bob Dudley (BP), Emma Marcegaglia (ENI) und Ivan Glasenberg (Glencore) diskutierte Harms als Vertreter der deutschen Wirtschaft über die Energiezusammenarbeit in Eurasien. In seinem Vortrag hob Harms die Bedeutung der Eurasischen Wirtschaftsunion für die sichere Energieversorgung Deutschlands und Europas hervor.

## Michael Harms in den USA unterwegs

OAOEV-Geschäftsführer Michael Harms reiste Anfang November zum zweiten Mal in diesem Jahr in die USA. In Washington traf sich Harms unter anderem mit Mitarbeitern von Senator Rand Paul, die für die US-Sanktionen gegen Russland zuständig sind, sowie des Foreign Relations Committee des Senats. Außerdem sprach Harms im Department of State mit Verantwortlichen für Energie und

Europa. In New York gehörte Michael Harms als einziger EU-Vertreter zu den Sprechern der jährlichen Konferenz des U.S.-Russia Business Council, an dem hochrangige Unternehmensvertreter aus Russland und den USA teilnahmen.

## Großes Interesse am Deutsch-Kasachischen Wirtschaftsforum

In Berlin fand Anfang Oktober ein Deutsch-Kasachisches Wirtschaftsforum statt, das insbesondere der Vorbereitung des

bevorstehenden ersten Besuches des neuen kasachischen Staatspräsidenten Kassym-Zhomart Tokajew in Berlin Anfang Dezember diente. Über 50 Regierungs- und Wirtschaftsvertreter unter der Leitung des neuen Vize-Premierministers Roman Sklyar fanden den Weg nach Berlin, um mit rund 200 deutschen Unternehmensvertretern neue Wege in der Wirtschaftskooperation zu diskutieren. Die Veranstaltung wurde unter anderem für die Vorbereitung konkreter Unternehmensverträge genutzt, die im Rahmen des Präsidentenbesuches unterzeichnet werden können.



OAOEV-Delegation auf Jamal

## OAOEV-Delegation besuchte Jamal

Eine OAOEV-Delegation unter Leitung von Geschäftsführer Michael Harms besichtigte Mitte Oktober auf Einladung von Novatek dessen LNG-Anlage auf der russischen Halbinsel Jamal. Dort produziert der russische Energiekonzern seit Ende 2017 mit weiteren Partnern, darunter der chinesische Energiekonzern CNPC und Total, unter widrigen Bedingungen mit modernster Technik Flüssiggas. An der Errichtung und dem Betrieb der Anlage sind 25 deutsche Unternehmen beteiligt, darunter Siemens, BASF und Leoni Kerpen. Die AKA Bank beteiligte sich an der Projektfinanzierung im Umfang von insgesamt 19 Milliarden US-Dollar.

Die Unternehmensvertreter aus dem Maschinenbau, dem Energiesektor und der Finanzbranche informierten sich über die Anlage in Jamal und die weiteren Projekte von Novatek im Bereich Flüssiggas. Novatek plant oder baut derzeit weitere LNG-Kapazitäten in Russland, darunter außer auf Jamal auch auf der Gydan-Halbinsel im Obbussen, in Murmansk und im Leningrader Gebiet. Bis 2030 will das Unternehmen seine LNG-Produktion von heute 19 auf bis zu 70 Millionen Tonnen vervielfachen. Dabei will der siebtgrößte Gasproduzent weltweit die Zusammenarbeit mit deutschen Unternehmen ausbauen. Der OAOEV plant dazu 2020 eine Veranstaltung.



# „Eine gesunde Fingerspitzen- gefühl ist unabdingbar“

Brückner Maschinenbau beliefert seit den 1960er Jahren Kunden in Osteuropa mit Anlagen für die Verpackungsindustrie. Peter Mertes, Verkaufsleiter für Europa und die GUS, berichtet im Gespräch mit den OEI über die langjährigen Erfahrungen des Unternehmens in der Region.



**Peter Mertes**  
Head of Sales Europe, CIS, Maghreb  
Brückner Maschinenbau GmbH & Co. KG

## Bitte stellen Sie Ihr Unternehmen kurz vor!

Brückner Maschinenbau ist ein Teil der Brückner-Gruppe, einer im Familienbesitz befindlichen mittelständischen Unternehmensgruppe in der Kunststoff- und Verpackungsindustrie. Die Gruppe ist mit gut 2.600 Mitarbeitern an 30 Standorten auf vier Kontinenten vertreten. Brückner Maschinenbau ist im Bereich der Folien-Strecktechnologie Weltmarktführer. Derzeit sind rund 800 unserer Streckanlagen bei allen großen Folienherstellern weltweit in Betrieb. Diese produzieren darauf verschiedenste Folientypen, die als hochwertiges Verpackungsmaterial, vor allem im Lebensmittelbereich, und in technischen Anwendungsgebieten eingesetzt werden, zum Beispiel in High-Tech-Displays oder Batterien.

## Welche Bedeutung hat Osteuropa für Ihr Unternehmen?

Seit der Firmengründung im Jahr 1960 ist Brückner Maschinenbau weltweit tätig. Osteuropa gehört ebenso wie Asien zu den von Beginn an erfolgreich bearbeiteten Märkten.

In den letzten zehn bis 15 Jahren hat sich unser Europa-Geschäft auch wieder mehr Richtung Osten verlagert. Auf Grund von günstigen Standortfaktoren wie Energie- und Lohnkosten oder dank lokaler sowie EU-Förderprogramme konnten sich nämlich osteuropäische Produzenten hochwertiger Kunststofffolien hervorragend etablieren. Zunächst wurden in Polen, Bulgarien, Ungarn oder der Slowakei nur Standardfolien, sogenannte „Commodities“, hergestellt, im Laufe der Jahre aber auch immer mehr Spezialfolien. Mittlerweile steht in Osteuropa ein deutlich modernerer und effizienterer Maschinenpark als an den westeuropäischen Industriestandorten.

In weiterer Folge kam dann auch die gute Rohstoffverfügbarkeit bzw. der einfache Zugang zu Rohstoffen wie Polypropylen oder Polyester als Standortvorteil hinzu. In Russland oder auch in Zentralasien gibt es zudem klare Vorgaben der Regierungen, die Abhängigkeit der Wirtschaft von reinen Rohstoffexporten zu reduzieren – und zwar durch die Erweiterung der Wertschöpfungskette.

## Welche Projekte haben Sie aktuell in Osteuropa?

Derzeit laufen gleich mehrere, sehr ambitionierte Projekte in Polen. Dabei geht es um modernste Hochleistungsanlagen zur Herstellung zukunftsweisender PP- und PET-Folientypen, die gerade für die immer stärker aufkommende „Circular Economy“ von großer Bedeutung sein werden. Eine weitere derartige Anlage entsteht zudem gerade in Ungarn. In Bulgarien konnten wir vor nicht allzu langer Zeit die Inbetriebnahme der derzeit schnellsten und leistungsstärksten Folien-Streckanlage weltweit feiern. Ganz aktuell ist ein Projekt in Usbekistan, bei dem wir nicht nur die Produktionsanlage liefern, sondern auch weite Teile der notwendigen Peripherie - ein sehr interessan-

tes, vor allem auch richtungsweisendes Projekt, bei dem es mittelfristig darum geht, Rohstoffe, in diesem Fall Polypropylen, im Land zu veredeln. Die daraus entstehenden Produkte werden im Übrigen die hohen Qualitätsanforderungen internationaler Lebensmittelkonzerne erfüllen und sind somit nicht nur zur Deckung des heimischen Bedarfs, sondern auch für den Export gedacht.

## Was sind die Besonderheiten auf den osteuropäischen Märkten?

Meine Erfahrungen nach über 17 Jahren in dieser Region sind fast durchweg positiv: Man trifft heutzutage flächendeckend auf sehr gut ausgebildete und motivierte Fachkräfte. Aber man muss sich schon auf kulturelle Unterschiede einstellen, geschichtliche Kenntnisse gepaart mit einer gesunden Portion Fingerspitzengefühl sind da unabdingbar. Natürlich gibt es nach wie vor die vielzitierte „russische Seele“, die verstanden und gepflegt werden will. Hier unterstützt uns unsere Moskauer Niederlassung sehr, auch beim Erwerb interkultureller Kompetenz für unsere Kollegen im Stammhaus. Die seit Jahren im Markt etablierten Kollegen helfen uns auch in den GUS-Ländern, wo man auf die ein oder andere aktuelle Situation sensibel reagieren muss. Zusammenfassend können wir sagen: Speziell in den russisch sprechenden Ländern geht es ohne Leute vor Ort nicht.

## Welche Erwartungen haben Sie an Ihre Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss – Osteuropaverein?

Natürlich erwarten wir viele neue Kontakte, Insiderinformationen über aktuelle Entwicklungen, einen Erfahrungsaustausch mit anderen Unternehmen oder auch interessante Delegationsreisen. Bei manchen konkreten Projekten erhoffen wir uns, dass der Verein auch mal als Türöffner auf politischer Ebene hilfreich sein könnte.

# Termine/Kooperationen

## 13. JANUAR 2020, BERLIN Deutschland und Ungarn – Wirtschaftsfrauen im Dialog

Diskutieren Sie mit hochkarätigen Gästen, welche Rolle eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Zeiten des demografischen Wandels und des Fachkräftebedarfs spielt, wie die Arbeitswelt die Belange von Familien berücksichtigen kann und welche Rahmenbedingungen dafür in Betracht gezogen werden sollten. Dabei wird auch die Frage diskutiert, was Deutschland und Ungarn voneinander lernen können.

DIHK – Deutscher Industrie- und  
Handelskammertag e. V.  
Dr. Sara Borella  
Tel.: +49 30 20308 2304  
borella.sara@dihk.de  
Anmeldung: <https://www.erfolgsmotor-familie.de/index.php?id=754>

## 28.-29. JANUAR 2020, RZESZÓW EU-Ukraine Forum

Bereits zum 13. Mal findet das EU-Ukraine Forum im polnischen Rzeszów statt. Fragen der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklung der EU-Ukraine-Beziehungen stehen im Fokus des Forums mit rund 600 Teilnehmern. Der OAEUV ist Partner.

Ost-Ausschuss – Osteuropaverein  
der Deutschen Wirtschaft  
Stefan Kägebein  
Tel.: +49 30 206167-113  
S.Kaegebein@bdi.eu

## 13. FEBRUAR 2020, NÜRNBERG Potenziale der armenischen Landwirtschaft im Bereich Bioanbau und -produkte

Auf der Veranstaltung im Rahmen der Messe BioFach werden die Potenziale der armenischen Bio-Landwirtschaft präsentiert. Unternehmen haben im Austausch mit armenischen Anbietern die Möglichkeit, sich unmittelbar über die Einkaufsmöglichkeiten in diesem Sektor zu informieren. Der OAEUV führt diesen Workshop gemeinsam mit der Deutschen Wirtschaftsvereinigung Armenien durch.

Ost-Ausschuss – Osteuropaverein  
der Deutschen Wirtschaft  
Stefan Kägebein  
Tel.: +49 30 206167-113  
S.Kaegebein@bdi.eu

## 24.-28. FEBRUAR 2020, ERIWAN/TIFLIS Markterkundungsreise nach Armenien und Georgien

Im Zuge des Markterschließungsprogramms für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) organisiert COMMIT im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums eine Markterkundungsreise nach Armenien und Georgien. Die Reise wird durch den OAEUV, die AHK Aserbaidzhan und den VDMA unterstützt und findet unter dem Motto „Modernisierung der industriellen Infrastruktur“ statt.

Commit Project Partners GmbH  
Gerrit Schmitter  
Tel.: +49 30-2061648-11  
g.schmitter@commit-group.com  
Anmeldung und weitere Informationen:  
<https://commit-group.com/termine/>

## 27. MÄRZ 2020, FRANKFURT A. M. 5. Manufacturers Forum

Auf dem 5. Manufacturers Forum des OWC-Verlags können die Teilnehmer Unternehmen aus der Industrie- und Dienstleistungsbranche treffen und sich über aktuelle Herausforderungen und Lösungen von Firmen informieren, die in Russland, Osteuropa und Zentralasien aktiv sind.

Anmeldung und weitere Informationen:  
<https://owc.de/geschaeftskalender/>

## Stellengesuche

Freiberuflicher Konstrukteur Maschinenbau, 43 Jahre mit langjähriger Berufserfahrung in Konstruktion Sondermaschinenbau, Medizintechnik, Anlagenbau, Technischem Vertrieb, Arbeitsvorbereitung, Materialflussoptimierung, sucht eine Stelle bei deutschen

Unternehmen für die Arbeit in Russland oder anderen GUS Staaten. Besitzt doppelte Staatsangehörigkeit (deutscher und russischer Pass). Sprachkenntnisse: Deutsch und Russisch in Wort und Schrift, gute Englischkenntnisse.

Tel.: +49 173 16 84 546  
albert.altach@gmx.de

Führungspersönlichkeit (Dipl. Ing.), erfolgreich in der Marktentwicklung mit langjährigen Erfahrungen in Südosteuropa und dem Mittleren Osten. Anerkannter Ansprechpartner und Umsetzer für komplexe operative Aufgaben mit zielorientierter Durchsetzungskraft, strategisch nachhaltiger Vorgehensweise und erprobtem Fachwissen für industrielle Prozesse, nachweisbare Erfolge in Performance Management und Restrukturierungen mit konstanten Effizienzsteigerungen durch Entwickeln und Umsetzen neuer Strategien in verschiedenen Industrien, umfangreiche Erfahrung im Analysieren, Aufbauen und Leiten von Unternehmenseinheiten mit Schwerpunkt im B2B Technologietransfer. Ich bringe meine Expertise aus den Bereichen Produktentwicklung, Anwendungstechnik, Key Account Management und Marktentwicklung ein.

Tel.: +49 179 21 22 854  
marktentwicklung@aol.com

## Kooperationen

Mit dem Ziel, die bulgarischen Wirtschaftsbeziehungen mit Norddeutschland noch weiter auszubauen, hat das bulgarische Wirtschaftsministerium in Hamburg ein neues Handelsbüro eröffnet. Das Büro unterstützt deutsche Firmen bei der Kontaktaufnahme, der Partnersuche und bei Investitionen in Bulgarien. Leiter des Büros ist Handelsattaché Stoytcho Stoytchev.

Tel.: +49 176 32013831  
stivbghamburg@gmail.com

### Impressum

#### Herausgeber:

Ost-Ausschuss – Osteuropaverein  
der Deutschen Wirtschaft e.V.  
Breite Straße 29, D-10178 Berlin  
Telefon: +49 30 206167-116  
Fax: +49 30 2028-2452  
Vorsitzender der Geschäftsführung:  
Michael Harms

#### Redaktion:

Andreas Metz (ViSdP),  
Christian Himmighoffen  
Telefon: +49 30 206167-122  
Fax: +49 30 2028-2577  
C.Himmighoffen@bdi.eu  
Redaktionelle Mitarbeit:  
Monique Stender, Nadiia Fedorenko

#### Verlag:

owc Verlag für Außenwirtschaft GmbH  
Ritterstr. 2B, 10969 Berlin  
Telefon: +49 30 615089-0  
Fax: +49 30 615089-29  
info@owc.de, www.owc.de  
Geschäftsführender Gesellschafter:  
Ulf Schneider

#### Anzeigen:

owc Verlag für Außenwirtschaft GmbH  
Ritterstr. 2B, 10969 Berlin  
Telefon: +49 30 615089-0  
Fax: +49 30 615089-29  
anzeigen@owc.de

#### Erscheinungsweise:

6 x jährlich (zweimonatlich)

#### Abonnement:

Die Osteuropa-Informationen können nur  
gemeinsam mit der Monatszeitschrift  
OstContact bezogen werden. Der Preis für  
das Jahresabonnement beträgt für beide  
Publikationen zusammen Euro 120,00, zzgl.  
7% MwSt., Auslandsversand zzgl. Porto.

#### Abonnement-Service:

Leserservice OST-WEST-CONTACT  
65341 Eltville  
Telefon: +49 6123 9238-257  
Fax: +49 6123 9238-244  
leserservice-owc@vuservice.de

#### Gerichtsstand:

Amtsgericht Charlottenburg  
HRB 170362 B

#### Druck:

Bösmann Medien und Druck GmbH & Co. KG,  
Detmold

#### Erscheinungstermin:

Dezember 2019

Der Ost-Ausschuss – Osteuropaverein  
übernimmt trotz größter Sorgfalt keine  
Haftung für Vollständigkeit und Richtigkeit  
der weitergegebenen Informationen.

### Ostwärts. Oder wie man mit den Händen Suppe isst, ohne sich nachher umziehen zu müssen



Von Julia Finkernagel

Dieses leichte, amüsante,  
authentische und nicht zu-  
letzt informative Buch von  
Julia Finkernagel ist unbe-  
dingt eine Lesereise wert.  
Man hat das Gefühl beim  
Lesen selbst unterwegs zu  
sein und freut sich von Kapitel zu Kapitel auf  
das nächste Land. Die persönlichen Berichte  
über Länder, Städte, Bräuche, köstliches und ab-  
surd Essen, skurrile Traditionen und vor allem  
über die Menschen schaffen es, einen für jedes  
einzelne Land in diesem Buch zu begeistern.  
Man wird neugierig und beginnt durchaus auch,  
über sich selbst und das Leben im eigenen Land  
nachzudenken. Am Ende dieser einzigartigen  
Lesereise hat man viel gelacht, gelernt und wo-  
möglich den nächsten Urlaub gebucht. (Ben)

**240 S. | 16 Euro  
Knesebeck 2019**

### Die Schatten des Imperiums. Russland seit 1991



Von Martin Aust

Der Bonner Osteuropa-His-  
toriker Martin Aust versucht  
in seinem Buch, neuere his-  
torische Erkenntnisse zur Er-  
forschung von Imperien und  
deren Auflösung auf die Ge-  
schichte Russlands nach  
1991 anzuwenden. Seiner Ansicht nach befindet  
sich Russland seit 1991 in einer „postimperialen  
Konstellation“, die Russlands Politik nach innen  
und vor allem auch nach außen beeinflusst. Die  
Auflösung von Imperien sei dabei häufig ein  
langer Prozess, nicht ein punktuell Ereignis.  
Auch wenn die Anwendung von Imperialismus-  
konzepten auf die jüngere russische Geschichte  
hin und wieder etwas bemüht und schablonen-  
haft wirkt, gewinnt er dieser einige neue Aspek-  
te ab und macht den Leser mit den innerrussi-  
schen Diskussionen über Russlands Rolle in der  
Welt und dessen Umgang mit dem imperialen  
Erbe bekannt. Zudem setzt er der Putin-zentrier-  
ten Sichtweise vieler aktueller Russland-Analy-  
sen eine Sichtweise entgegen, die Putin als Ak-  
teur innerhalb historisch gewachsener,  
post-imperialer Strukturen beschreibt. Daraus  
zieht er die wichtige Schlussfolgerung, dass ein  
Russland nach Putin nicht über Nacht ein völlig  
anderes wäre. (Him)

**190 S. | 14,95 Euro  
C.H. Beck 2019**

### Ost Places: Vom Verschwinden und Wiederfinden der DDR



30 Jahre nach dem  
Ende der DDR begibt  
sich der Journalist  
Andreas Metz, im  
Hauptberuf Leiter für  
Presse und Kommunika-  
tion des Ost-Ausschuss  
- Osteuropavereins, im Osten Deutsch-  
lands auf Fototour und sieht nach, was aus  
Kunstwerken und Alltagsrelikten der DDR  
geworden ist. Der umfangreiche Bildband  
ist eine Spurensuche durch die ehemalige  
DDR, vom Haus des Lehrers am Berliner  
Alexanderplatz, über den „Teepott“ in  
Warnemünde bis zum Karl-Marx-Kopf in  
Chemnitz. Dabei erzählen die 500 Bilder  
von einem Wettrennen gegen die Uhr:

Motive verschwinden, weil Gebäude ab-  
gerissen, eine Inschrift oder ganze Wand-  
gemälde übermalt wurden. Ost Places  
werden zu Lost Places. Mit präzisen und  
zugleich ungeschönten Fotografien gibt  
der Bildband einen Einblick in eine unter-  
gegangene Welt, die bis heute nachwirkt.  
Die Bilder von Andreas Metz fangen Ge-  
schichte von gestern ein und erzählen  
Geschichten von heute. Der gesamte Text  
des Buches ist zweisprachig verfasst  
(Deutsch und Englisch).

**208 S. mit rd. 500 farbigen Abb.  
19,99 Euro  
Eulenspiegel Verlagsgruppe 2019**



## Praxisevent für Russland und GUS 27. März 2020 / Airport Club Frankfurt/M.

Treffen Sie Unternehmen der nationalen und internationalen Hersteller- und Dienstleistungsindustrie. Informieren Sie sich über aktuelle Herausforderungen und Lösungen von Firmen, die in **Russland, Ost-europa und Zentralasien** aktiv sind. Und nutzen Sie die Möglichkeit für ein exzellentes Networking.

### THEMEN

- Übersicht der wirtschaftlichen Entwicklung
- Trends und Prognosen
- Praxisbeiträge
- Tech Trends
- Lokalisierung

### BRANCHEN

- Agrar- und Lebensmitteltechnik
- Bau
- Logistik
- IT & Outsourcing
- Pharma & Medizin
- Banking & Finanzierung
- Umwelttechnik

### FORMATE

- Workshops
- Präsentationen
- B2B Talks und Networking

### EINTRITTSPREISE

- Für produzierende Unternehmen und Handelsunternehmen: 150 € (zzgl. MwSt.)
- Für Besucher: 450 € (zzgl. MwSt.)

Jetzt mit Code MF25 anmelden und **25% Frühbucher-Rabatt** sichern.

## Early Bird-Preis sichern!

Jetzt anmelden und  
25% Rabatt auf  
Teilnahmegebühr  
erhalten.

Gutschein  
Code:  
**MF25**

Melden Sie  
sich jetzt an



[owc.de/mf5](http://owc.de/mf5)

Mit Praxisbeiträgen von:



Ralf Bendisch  
Managing Director Manufacturing  
CLK, Claas

**CLAAS**



Dr. Daniel Thorniley  
President  
DT-Global Business Consulting GmbH

**DT - Global Business Consulting**



Sergei Ivanov  
Geschäftsführer, Palfinger,  
St. Petersburg

**PALFINGER**



Georgiy Turbanov  
General Director  
WABCO Vostok LLC

**WABCO**

Ihr 2-wöchentlicher Blick „inside“ Russland.  
Informativ, hintergründig, praxisorientiert.  
Für Ihren Geschäftserfolg in Russland und Osteuropa.  
**Zur Einführung kostenfrei.**

Das eMagazin für Außenwirtschaft

<https://owc.de/ri>



# RusslandInsider

Das eMagazin für Außenwirtschaft

KW 46 / 14. November 2019

